

ARBEITER-ZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wieder 400 Mill. für die Junker

Raub der Preußenkasse — Die Junker werden auf Kosten des Reichs schuldenfrei gemacht

Am Sonnabend sind vom Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung zwei Verordnungen erlassen worden, die beide dazu dienen, die Luderwirtschaft der bankrotten Großagrarien auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu sanieren und ihnen erneut 300 bis 400 Millionen Mark zuzuschützen.

Die erste Verordnung entzieht die Preußenkasse der Verwaltung des preußischen Staates und gestaltet sie zu einer Reichskasse um, die ausschließlich den Zweck haben soll, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die bekanntlich alle pleite sind, zu sanieren.

Die entscheidenden Bestimmungen der ersten Verordnung lauten:

„Die Preussische Genossenschaftskasse, die schon bisher in größerem Umfang Mittel für außerpreussische Gebiete zur Verfügung gestellt hat, wird der Aufsicht des Reiches unterstellt werden und in Zukunft die Bezeichnung **Deutsche Genossenschaftskasse** führen. Das Kapital wird rund 100 Millionen RM. betragen, zu denen noch 20 Millionen RM. an Reserven hinzutreten. Das Reich und Preußen werden an diesem Kapital mit je 42,5 Millionen RM. beteiligt sein.“

Die Verordnung sieht weiter vor, daß die Preußenkasse zur Schuldentilgung der Genossenschaften 50 Millionen aus Kapital und Reserven und außerdem das Reich und Preußen zusammen für „Verlustbereinigung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften“ 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Die zweite Verordnung sieht vor, daß außer der Sanierung der Genossenschaften neue Subventionen für den ostelbischen Großgrundbesitz bereitgestellt werden. Das Reich übernimmt die Gesamtforderungen der Genossenschaften gegen die sogenannten Entschuldungsbetriebe im Osthülfe-Gebiet. Das sind rund 200 Millionen Mark. Das Reich erläßt aber den Schuldnern 75 Prozent der Forderungen, wodurch die Junker mit einem Schlage Dreiviertel ihrer bisherigen Schulden an die Genossenschaften loswerden. Das heißt ein Geschäft!

Ferner werden die Warengläubiger vom Reich insofern für ihre sonst wertlosen Forderungen befriedigt, als die reichseigene Bank für Industriebankguthaben die Bürgschaft für Übergangshypotheken für diesen Zweck übernimmt.

Um den nichtagrarischen Mittelstand auch etwas zu befriedigen, stellt das Reich zur Stützung von gewerblichen Kredit- und Baugenossenschaften einen Gesamtbetrag bis zur Höhe von 14 Millionen Mark zur Verfügung.

Die ganze neue Liebesgaben-Aktion an die Junker ist derartig unübersichtlich und für Nichteingeweihte unklar, daß nur sehr schwer festzustellen ist, wie groß die Gesamtsumme ist, die das Reich hier wieder an die Junker ausliefert. Fest steht nur, das eine, daß es sich wieder um mehrere hundert Millionen Mark handelt.

Dieselbe Regierung, die fortgesetzt den Arbeitslosen, Sozial- und Kriegsrentnern wegen angeblichem Geldmangel in der rückständigsten Weise die Unterstützungssätze kürzt, ja Millionen von Unterstützungsberechtigten überhaupt von der Unterstützung ausschließt, hat immer Geld in Hülle und Fülle, wenn es darum geht, die unersättlichen Junker zu befriedigen. Soweit kein Bargeld in der Reichskasse vorhanden ist, werden, wie auch jetzt wieder, Schatzanweisungen für die Zukunft ausgestellt. Es sind jetzt schon Beträge von mehreren Milliarden, die auf diese Art von der Papen-Regierung aus den zukünftigen Steuereinnahmen vorweg genommen werden. Bekanntlich beruht auch die ganze Finanzierung der Wirtschaftsverordnung Papens vom 4. September mit ihren 1,5 Milliarden Steuergutscheinen für die Jahre 1934 bis 1938 auf diesem System. Es

ist die reinste Bankrottspolitik nach dem Grundsatz: Nach uns die Sintflut!

Die Arbeiterklasse muß aus dieser rücksichtslosen, nur die egoistischen Interessen wahrnehmenden Junkerpolitik die Lehre ziehen, daß sie bei ihren Forderungen und bei ihrem Kampf mit derselben Rücksichtslosigkeit ihre proletarischen Interessen vertritt. Es ist klar, daß, wie die Junkerpolitik nicht auf demokratisch-parla-

mentarischem Wege durchgeführt wird, die Arbeiterklasse ihre Forderungen nur auf dem Wege des außerparlamentarischen, politischen Massenkampfes durchsetzen kann. Darum kann der jetzige Wahlkampf für die Arbeiter auch nichts anderes sein als die Mobilisierung der Massen, zur Herstellung der Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse für die unausweichlichen und entscheidenden Machtkämpfe.

Nazi als Lohnräuber

Neuer Abbau der Land- und Forstarbeiterlöhne

Einen besonders drastischen Beweis dafür, wie sehr den Nationalsozialisten die Lage der Arbeiter wichtig am Herzen liegt, liefert die Nazi-Regierung von Mecklenburg-Strelitz. Sie nutzt den staatlichen Forstarbeitern eine weitere Herabsetzung des Stundenlohnes von 53 auf 45 Pfennig in der Spitze und entsprechende Kürzungen auch des Akkordlohnes zu. Ferner verlangte sie Aufhebung der Vereinbarung, wonach den mecklenburgischen Forstarbeitern die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie den preussischen zugesprochen worden sind, was natürlich nichts anderes bedeutet, als daß die Löhne der mecklenburgischen Forstarbeiter noch tiefer liegen sollen als in Preußen.

Da die Verhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiterverband zu keinem Abschluß kamen, verfügte, d. h. diktierte die Nazi-Regierung einfach von sich aus die Herabsetzung der Löhne in der angegebenen Höhe.

Die Nationalsozialisten stellen in letzter Zeit — vor allem aus wahlmagogischen Gründen — ihre angebliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft lebhaft in den Vordergrund und erklären sich selbst als die Vorkämpfer gegen weiteren Lohn- und Unter-

stützungsabbau. Verschiedentlich wurden in der Nazi-Presse Beschlüsse groß aufgemacht, daß jeder Lohnabbau, der in der NSDAP organisiert sei und die Löhne der Arbeiter abbau, aus der Partei ausgeschlossen würde. U. a. wurde das auch in Ostpreußen, speziell im Hinblick auf die besonders elenden Löhne der Landarbeiter, erst kürzlich wiederum erklärt. In Wirklichkeit bauen auch und gerade nationalsozialistische Großagrarien die Landarbeiterlöhne weiter ab, ohne daß deshalb ein Parteausschluß über sie verfügt würde. Auch in anderen Gauen, z. B. in Schlesien, ist genau dasselbe zu verzeichnen.

Die Agitatoren und die Leitung der NSDAP aber scheuen sich über diese Vorgänge aus, sie denken gar nicht daran, ihre Agitations-Beschlüsse betreffs Ausschlusses aller Unternehmer, die Lohnabbau vornehmen, aus der NSDAP, durchzuführen. Gerade die Land- und Forstarbeiter haben von einem Nazi-Regiment nur die allerschlimmste Ausbeutung und Unterdrückung zu erwarten. Darum jagt die Nazidemagogen zum Teufel und zieht auch am 6. November daraus die richtigen Schlußfolgerungen!

Papen-Kabinett im Wackeln?

Immer stärker treten in der Presse die Gerüchte auf, daß das Papen-Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr lange bestehen wird, daß vor allem der sich überall mißliebig machende Herr v. Papen ausgemacht und der eigentliche Kopf der Papen-Regierung, General v. Schleicher, auch die formelle Leitung, d. h. das Reichskanzleramt übernehmen soll. Die Regierung wie auch der zur Zeit in Badenweiler zur Kur weilende Reichswehrminister haben zwar ganz offizielle Dementis dagegen veröffentlicht. Aber es ist nachgerade bekannt, daß Dementis der heutigen Regierungen nur verhüllte Bestätigungen der dementierten Meldungen darstellen.

Es charakterisiert die heutige politische Situation in Deutschland, daß die Gerüchte und Meldungen über Umbildungen oder Krisen in der Regierung nicht mehr auf Grund von Veränderungen in der parlamentarischen Konstellation, sondern — genau wie in der Wilhelmischen Zeit — ausschließlich über die politischen Hintertreppen der verschiedenen Junkersippen, Herrenklubs, Offizierscliquen usw., kommen. In der Tat ist es auch so, daß bei der jetzigen Methode der Präsidialregierung die Stellung der einzelnen Parteien bzw. die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse keinerlei Rolle mehr spielen. Es kommt nur darauf an, wer in dem Cliquenkampf die Oberhand und vor allem den Reichspräsidenten für seine Pläne gewinnt.

23 Reichswahlvorschläge

WTB. Die Frist zur Einreichung der Reichswahlvorschläge ist am 23. Oktober

abgelaufen. Beim Reichswahlleiter sind bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 23 Reichswahlvorschläge eingereicht worden. Ueber die Zulassung entscheidet der Reichswahl-ausschuß in seiner Sitzung am 25. d. Mts.

Das neue belgische Kabinett

Brüssel, 22. Oktober.

WTB. Senator de Broqueville hat dem König folgende Liste des neuen Kabinetts überreicht: Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister: de Broqueville (Katholik), Justiz: Janson (liberal), Kultus: Lippens (flämisch-liberal), Post- und Telegraph: Bowsse (liberal), Transport: Forthomme (liberal), Äußeres: Hymans (liberal), Finanzen: Jaspar (Katholik), Verteidigung: Theunis (Katholik), Inneres: de Pouillet (christlicher Demokrat und Flame), Kolonien: Tschoffen (christlicher Demokrat), Öffentliche Arbeiten: Sap (Flame) Industrie und Arbeit: Héyman (christlicher Demokrat und Flame).

Das neue Kabinett steht noch weiter rechts als das alte. Es soll vor allem die Auflösung der Abgeordnetenkammer und die Neuwahlen durchführen. Die Sozialdemokratie kündigt dem Kabinett „scharfen Kampf“ an.

Graf Posadowsky gestorben

Am Sonntag starb in Naumburg der bekannte 88-jährige Graf Posadowsky-Wehner. Er wurde bereits im Jahre 1882 Reichstagsabgeordneter und ist vor allem bekannt als Staatssekretär des Reichsamtes des Innern und stellvertretender Reichskanzler in den Vorkriegsjahren. Zuletzt war er Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Unser Arbeitsbeschaffungsprogramm

und eine läppische SPD-Kritik

In der schlesischen „Volkswacht“ vom Sonnabend glaubt A. Kranold unsere auf der Linie revolutionären Kampfes liegenden Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung mit sehr oberflächlichen Betrachtungen und faulen Witzen abtun zu können. Die Vorschläge seien zum größten Teil schon längst von der SPD aufgestellt worden; zum Teil gehe das SPD-Programm viel weiter, es sei also radikaler (!) als das der SAP. Die Finanzierungsfrage werde von uns nicht ausreichend beantwortet, u. a. m.

Wir wollen hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen, da ja in dem Begleitartikel des Genossen Weckerle zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP für jeden, der verstehen will, genügend eindeutig erläutert worden ist, in welchem Zusammenhang und von welchem Standpunkte aus die Vorschläge zu bewerten sind. Wenn man Kranolds „Kritik“ dennoch als subjektiv ehrlich und ernst gemeint nehmen will, was allerdings schwer fällt, so zeigt sie die dem Reformisten ohne Unterschied des Unterschiedes zwischen reformistischem und revolutionärem Denken überhaupt zu erkennen.

Er will den fundamentalen und für den Kampf der Arbeiterklasse entscheidenden Unterschied nicht sehen, daß das ADOB- und SPD-Programm sich ganz auf den demokratisch-kapitalistischen Boden stellt und nur einen hilflosen Appell an den heuligen Staat darstellt, während das SAP-Programm nur an die Arbeitermassen appelliert und die Durchführung der Forderungen durch außerparlamentarischen Kampf vorzeichnet. In gleicher Weise besteht der Unterschied im Inhalt der beiden Programme darin, daß die SPD „Staatskontrolle“ fordert, während wir für die Kontrolle und Leitung durch die Arbeiter selbst und ihre Organe eintreten.

Es ist gerade das Wesen unserer Vorschläge und Forderungen zur Arbeitsbeschaffung, daß wir uns bewußt sind, daß der Rahmen des kapitalistischen Systems gesprengt werden muß, um den Arbeitern ernsthaft zu helfen. Wir halten es für eine Illusion, daß der sogenannte demokratische, aber die kapitalistische Wirtschaftsweise unangefastet lassende Staat jemals wirklich im Interesse der Arbeiterschaft tätig sein wird. Wir stellen unsere Forderungen auch nicht auf, nur damit sie auf dem Papier stehen und dann eines Tages, wenn die Macht der Arbeiterklasse gleichsam in den Schoß gefallen sein sollte, an ihre Verwirklichung herangegangen wird. Wir stellen sie vielmehr auf, damit heute von den gegebenen Verhältnissen aus der Kampf um die Forderungen begonnen wird, aber ein Kampf, der ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse diktiert ist und keine Rücksicht auf sogenannte „Allgemein-“ oder „Wirtschaftsinteressen“ nimmt.

Kranold unterstellt uns, daß wir bisher eine — in Wirklichkeit der KPD eigene — Auffassung vertreten hätten, nämlich den Verzicht auf Tages- und Übergangslösungen zugunsten schöner Schilderungen über das, was am Tage nach der Machtübernahme alles geschehen soll. Das Gegenteil ist der Fall. Während sich die SAP stets für Übergangsforderungen einsetzte, ist der faule SPD-„Sozialismus“ bestenfalls illusionäre Zukunftsmusik. Das ADOB- und SPD-Programm sieht keinen sofortigen Massenkampf für die aufgestellten Forderungen vor, sondern es vertröstet die Arbeiter auf die Zeit, wenn die SPD erst einmal die Mehrheit der Stimmen im Reichstag erlangt haben wird. Die SPD unterstellt dabei auch als selbstverständlich, daß der Reichstag überhaupt bestimmend ist und bleiben wird. Das zu einer Zeit, in der das Parlament nicht einmal mehr die Rolle einer leeren Attrappe spielt.

Der Cliquenkampf in der KPD

Heinz Neumann abgesetzt / Von Max Köhler

Ein besonderer Witz ist es, wenn Kranold allen Lesern behauptet, das SPD-Programm gehe in seinen Forderungen viel weiter als das der SAP. Wenn phantastische wirtschaftsdemokratische Illusionen „widergehend“ sind, dann mag er recht haben. Auf diesem Gebiet lassen wir der SPD nicht nur den Vortritt, sondern das ganze Feld.

Was insbesondere die Frage der Finanzierung einer antirechtlichen Arbeitsbeschaffung betrifft, so hat Kranold den rein kapitalistischen Vorschlag des SPD-Programms, Auflegung einer Dramenleihe von 1,5 Milliarden Mark, für „weitgehend“ als unsere Forderungen eines einstufigen Kampfes gegen die hohen Gehälter und Pensionen, gegen die Millionen-Subventionen des Staates an bankrotte Banken und Industrie, gegen die für Studenten und Studenten, gegen die gewählten Staatszuschüsse an die Kirche, gegen die Heeresausgaben, für restlose Entfaltung und Erhöhung der Besitzverhältnisse. Die Durchsetzung dieser sehr realen Forderungen würde ganz gewaltige Summen für die Arbeitsbeschaffung freimachen, desgleichen die von uns geforderte Zwangsleihe bei den Besitzenden, die Kranold besonders in Anspruch nimmt. Das würde alle für die Versorgung der breiten Massen erforderlichen Summen vollends aufbringen. Geradezu toll ist es, wenn Kranold behauptet, daß sieben Achtel unserer Forderungen der SPD entnommen seien. Nicht eine davon steht im Programm der SPD und des ADGB. Sie denken gar nicht daran, für derartige nur in Massenkampfen durchzusetzende Forderungen zu kämpfen.

Kranold schätzt das Gedächtnis der „Volkswacht“-Leser auch sehr schwach ein, wenn er zu behaupten wagt, daß der von uns u. a. geforderte Kampf gegen Lohnabbau, Zölle u. a. m. „sehr langsam von SPD und freien Gewerkschaften aufs schärfste geführt“ werde. Wir besinnen uns sehr wohl darauf, wie das Kabinett Brüning seinerzeit mit einem Zollprogramm herauskam, das noch unter der Ägide Hilferding ausgearbeitet worden war. Der Sozialdemokrat Hilferding war es auch, der als Finanzminister 1929 unter Berufung auf eine Verordnung vom Jahre 1869 II die Erhöhung der Tee- und Kaffeezölle dekretierte. Und die SPD stimmte im Reichstag für eine Blankovollmacht, die das Brüning-Kabinett zu jeder weiteren Zollerrhöhung ermächtigte. Die Liebesgaben, d. h. die Renten-Subventionen an einzelne Unternehmer und Unternehmergruppen und vor allem an die Großgrundbesitzer sind bis zum Regierungsantritt von Papen im Reich und in Preußen fast ausnahmslos von der SPD bewilligt bzw. toleriert worden. So „Kampf“ die SPD gegen Zölle und Liebesgaben. Wie sie gegen Lohn- und Unterhaltungsraub „kämpfte“, erleben die Arbeiter täglich.

Die SPD-Arbeiterschaft wird sich hoffentlich in ihrem eigenen Interesse etwas früher als Herr Kranold mit allen diesen Fragen auseinandersetzen. Wir erheben keineswegs den Anspruch, daß unser Arbeitsbeschaffungsprogramm der Weisheit letzter Schluss ist. Aber wir sind der Überzeugung, daß es in der Richtung des einzig erfolgreichen revolutionären Ausweges liegt und daher den Arbeiterinteressen jetzt und für die Zukunft dienlich ist. Für die Arbeiterschaft ist heute die Arbeitsbeschaffung zu menschenwürdigen Bedingungen, eine der lebenswichtigsten Probleme geworden. Das aber ist nur durch Kampf, durch Massenkampfen zu erreichen, wozu die proletarische Einheitsfront unerlässlich ist.

Uneingeschränktes Lob

„Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß die Berliner Broschüre hier uneingeschränktes Lob findet. Die Abgrenzung gegenüber der KPD war wirklich eine notwendige Sache.“ So schreibt uns Gen. B. aus Chemnitz. Und so wie in Chemnitz wird die Broschüre „Was will die SAP?“ (32 Seiten Preis 10 Pfg.) überall beurteilt. Die Broschüre, die zu zwei Dritteln ausgefüllt ist mit einer hieb- und stichfesten Auseinandersetzung mit der Politik der SPD und der KPD, kam gerade zur rechten Zeit, um uns im Wahlkampf vortreffliche Dienste zu leisten. Sie ist eine arme Partei. Die Parteikassen sind infolge der vorerghenden Wahlkämpfe leer. Infolgedessen sind wir in unserer Verantw. und Flugblattpropaganda außerordentlich beschränkt. In dieser Situation ist es sehr zu begrüßen, daß durch die Initiative der Berliner Genossen unseren Ortsgruppen ein so überaus wirksames Propagandamittel in die Hand gegeben worden ist. Seine besondere Vorzug liegt darin, daß dadurch die Ortsgruppen finanziell nicht belastet werden, sondern daß für sie sogar noch ein kleiner Ueberschuß abfällt. Die Broschüre, die sich in Betrieben, Versammlungen und bei der Hauszitation sehr leicht vertreiben läßt, wird den Ortsgruppen zum Selbstkostenpreis geliefert, was allerdings voraussetzt, daß die bezogenen Exemplare restlos bezahlt werden. Daß die demselben notwendige Vorauszahlung oder Lieferung per Nachnahme kein Hindernis für den Massenvertrieb der Broschüre bildet, haben die Bestellungen zahlreicher Ortsgruppen bewiesen. Wenn es anders nicht geht, muß das notwendige Geld zusammengepumpt und dann energisch ein systematischer Vertrieb organisiert werden. Auf diese Weise erhält jede Ortsgruppe die Möglichkeit, die gepumpten Gelder baldigst zurückzuzahlen. Geldmangel kann und darf kein Hindernis für den Vertrieb der Broschüre bilden. Im Gegenteil. Gerade weil wir so arm sind, müssen wir alles daran setzen, um die Broschüre in weiteste Kreise zu tragen und so große Massen mit den Zielen der SAP vertraut zu machen. Einige Zehntausend Exemplare sind schon ins Reich hinausgegangen. Weitere Zehntausende müssen folgen!

Der Cliquenkampf, der seit Jahren in der kommunistischen Partei tobt, und der der Ausdruck der ultralinken, sektiererischen und opportunistischen Politik der KPD-Führung ist, hat neue Opfer gefordert. An der Spitze der Geckpöten befindet sich Heinz Neumann, der geistliche Führer des Dreimänner-Kollektivs, Thälmann, Heinz Neumann und Remmele, das seit 1929 die wirkliche Führung der KPD in der Hand hatte. In der „Roten Fahne“ vom Freitag, den 21. Oktober, wird mitgeteilt:

„Die Parteikonferenz gestellte sich zu einem begreiflichen Bekenntnis der Partei zur bolschewistischen Führung der KPD und dem Gen. Thälmann. Durch einstimmigen Beschluß verurteilte die Konferenz den Gen. Heinz Neumann und einige andere Genossen, die auf Grund ihrer politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht hätten. Die Parteikonferenz stellte fest, daß diese Versuche von vornherein angesichts der unerschütterlichen Einheit (I) und der revolutionären Reife (?) der Partei und ihrer tiefen Verbundenheit mit der Parteiführung zum Scheitern verurteilt waren.“

Dieser Absägung von Heinz Neumann ging der Ausschluß von Walter Bertram durch das Z. K. voraus. Der Ausschluß und die Absägung wurden schon in der „Roten Fahne“ vom Sonntag, den 16. Oktober, angekündigt. Es heißt:

„Das 12. Plenum beschäftigte sich mit den Auffassungen und dem Verhalten einiger Genossen der KPD, die von der Parteilinie abwichen. Bei der Behandlung dieser Frage unterstrich das Plenum die Richtigkeit der Politik des Zentralkomitees unter Führung des Gen. Thälmann und verurteilte schärfstens alle Abweichungen von der Parteilinie und sprach die vollste Unterstützung der Parteiführung in ihrem bolschewistischen Kampf für die Durchführung der Generallinie der Kommintern im Kampf gegen alle Versuche ihrer Entstellung aus.“

Bis vor wenigen Wochen gehörte Heinz Neumann zur engeren Führung des „bolschewistischen“ Zentralkomitees. Heute hat er „menschenwüthische“ und „rotzküßliche“ oder sonstige „Abweichungen“.

Heinz Neumann war bis zu seiner Abschiebung nach Moskau der geistliche Führer der Partei. Er schrieb für Thälmann die Artikel, Ermachte für Thälmann die Manuskripte für die Referate. Er eröffnete z. B. 1930 den

Wahlkampf mit dem großen Wahlprogramm, in dem die KPD verkündete, was sie alles in Deutschland tun wird, wenn sie die Macht hat. Ein Programm, das nur so von Phrasen strahlte. Er war der geistige Vater des nationalen und sozialen Befreiungsprogramms. Er führte die Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Er führte die Auseinandersetzungen mit Künstlern von der SPD im Sportpalast. Er war der Propagandist für den Nazi-Volksentscheid, genannt „Roter Volksentscheid“. Wer erinnert sich nicht noch der Jubellegramme, die in der „Roten Fahne“ zu lesen waren, über den Siegeszug, den Heinz Neumann in Berlin, im Ruhrgebiet, in Süddeutschland hielt. Er war der gefeierte Held der KPD, der „europäische Lenin“. Was Heinz Neumann sagte, galt als Glaubensartikel in der KPD.

Er ist nicht mehr. Sang- und klanglos wurde er gekillt. An seine Stelle trat ein anderer, der dem „historischen“ Führer Thälmann die Reden machen und die Artikel schreiben wird.

Diese Absägung von Heinz Neumann vollzieht sich ohne Teilnahme der Mitglieder, vollzieht sich, ohne daß die Mitgliedschaft überhaupt über die Differenzen in der Leitung informiert ist. Für die Mitglieder kommt darum die Absägung von Heinz Neumann wie ein Blitz aus heilem Himmel. Aber schon vor längerer Zeit ist es zu einem Krach zwischen Heinz Neumann und Thälmann gekommen, weshalb Heinz Neumann nach Moskau abgeschoben wurde und der von dort aus seinen Fraktionskampf um die Führung der Partei führte. Als erste Opfer dieses Cliquenkampfes fielen Lenzen, der Leiter der theoretischen Zeitschrift der KPD, Eugen Schönhaar, Mitarbeiter im Orgbüro, und einige andere führende Mitglieder der KPD.

Auch jetzt wird über die Differenzen nichts weiter mitgeteilt. In der „Roten Fahne“ vom Sonntag, den 16. Oktober, werden Differenzen angedeutet. Sie sollen darin bestehen, daß die Gruppe um Heinz Neumann für eine Änderung (?) des Kampfes gegen die Sozialdemokratie eintritt. In der „Roten Fahne“ lesen wir:

„Die Beratung und Beschlüsse des 12. Plenums bestätigen voll und ganz die Richtigkeit der Orientierung unserer Partei in ihrer scharfen prinzipiellen Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie, gegen alle Versuche, die Strategie unseres Kampfes um die eigene Klasse abzuschwächen.“

In der politischen Resolution des 12. Plenums heißt es:

„Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird,

kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“

Aber das ist doch gerade die Linie, die Heinz Neumann als geistiger Inspirator von Thälmann in den letzten Jahren in Deutschland vertreten hat. Sollte er diese Linie evtl. als falsch anerkannt haben? Dem widerspricht aber, was die „Rote Fahne“ vom Freitag, dem 21. Oktober, ihm zum Vorwurf macht, nämlich, daß er und seine Freunde die „Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht hätten“.

Die Mitgliedschaft spielt in der KPD nur die Rolle von Statisten. Die innerparteiliche Demokratie, die innerparteiliche Demokratie, die die innerparteiliche Demokratie eines geistigen Ringens um die besten Methoden der Arbeit ist, und die zur Kontrolle über die Richtigkeit der von einer revolutionären Partei durchgeführten Politik ist erstickt. Seit 1929 hat kein Parteitag mehr stattgefunden. Forderungen der Mitglieder nach Einberufung eines Parteitages werden mit dem laienhaften Argument, daß kein Geld vorhanden ist, abgelehnt. Wer eine andere Meinung hat als Stalin, der liegt. Selbständiges Denken gibt es nicht.

In einer Situation, die nach einer revolutionären Lösung schreit, ist die KPD trotz Stimmenzwangs bei den Wahlen aktionsunfähiger als je. Der Kurs, der unter Heinz Neumanns Führung in Deutschland gesteuert wurde, hat die KPD von den entscheidenden Massen, die in Gewerkschaften und in Massenorganisationen organisiert sind, isoliert. Der 29. Juli hat das am klarsten und deutlichsten gezeigt.

Wer glaubt, daß die Absägung Heinz Neumanns und seiner Freunde eine Änderung der verderblichen Politik mit sich bringt und der auf eine Wiedergesundung spekuliert, der irrt sich. Schon das oben von uns angeführte Zitat beweist am klarsten, daß mit einer Änderung der Politik nicht zu rechnen ist. Gerade der Cliquenkampf zeigt, daß die KPD unfähig ist, die Arbeiterklasse aus der Krise zur Revolution zu führen.

Die Aufgabe unserer Partei ist es, durch die Anspannung aller Kräfte alle revolutionären Arbeiter zu sammeln, um die Voraussetzungen für die Durchführung der proletarischen Revolution zu schaffen. Unsere Mitglieder müssen an Hand der neuesten Vorgänge in der KPD den einfachen Mitgliedern in der KPD zeigen, daß sie nur in enger Gemeinschaft mit uns den Kampf für die Wiedergesundung der revolutionären Bewegung in Deutschland führen können, und daß unsere Partei auf dem richtigen Wege ist.

Eine Woche Klassenjustiz

Zuchthausstrafen für Hamburger Kommunisten

Hamburg, 22. Oktober.

Das Hamburger Schwurgericht fällt in dem seit 1. Oktober geführten Prozeß gegen Kommunisten, die wegen der schweren politischen Zusammenstöße am Abend des Tages der Reichspräsidentenwahl angeklagt sind, seine Entscheidung. Der Hauptangeklagte Fricke erhielt wegen vollendeten Totschlags in zwei Fällen, versuchten Totschlags und Landfriedensbruch neun Jahre Zuchthaus (?). Gegen zwei weitere Angeklagte, Kühl und Blajewski, wurde auf fünf und zweieinhalb Jahre Zuchthaus erkannt. Die übrigen Strafen bewegen sich zwischen drei Monaten und drei Jahren Gefängnis. In einem Falle erfolgte Freispruch.

Leipzig, 14. Oktober.

Der Fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern den 47jährigen Arbeiter Karl Heß und den 44jährigen Lackierer Carl Köhler, beide aus Hagen i. W. und langjährige Mitglieder der Kommunistischen Partei, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu zwei und dreieinhalb Jahren Zuchthaus.

Freiburg i. Breisgau.

Wegen „politischer Gewalttaten“ wurden drei Reichsbannerangehörige zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Königsberg, 18. Oktober.

WTB. Das Sondergericht verurteilte heute abend nach zwölfstündiger Verhandlung den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Taulien wegen versuchten Totschlags und Auftrags zu drei Jahren Zuchthaus; 27 Angeklagte, zumeist Mitglieder der KPD, zu Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten.

Bei einer Exmission in Lauth am 15. Juli war es zwischen den Angeklagten und den Beamten und Landjägern zu Zusammenstößen gekommen. Taulien soll dabei die Beamten und Gerichtsvollzieher mit einer Axt bedroht haben.

Zweibrücken, 16. Oktober.

Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern abend nach zweitägiger Verhandlung den Angehörigen der KPD Peter Grün aus

Pirmasens zu vier Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft. Dem Verurteilten, der wegen Waffenbesitzes, Körperverletzung, Mordversuchs und Totschlagsversuchs angeklagt war, war die Beteiligung an zwei Ueberfällen auf Nationalsozialisten zur Last gelegt worden. Bei den Ueberfällen hatten die Kommunisten insgesamt 60 Schuß abgefeuert.

Eine Erklärung Leipzigs

Berlin, 22. Oktober.

Der Vorsitzende des ADGB Leipziger sagt im „Vorwärts“ in einer Erklärung zu den Ausführungen Strassers über ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften mit den Nationalsozialisten, daß er weder an Verhandlungen mit von Schleicher, noch an irgend welchen Besprechungen über irgendeine Regierungsbildung teilgenommen habe. Mit den Redereien Strassers habe er erst recht nichts zu tun.

Immer neuer Lohnraub auch in England

WTB. Manchester, 23. Oktober.

Der Lohnstreit in der Baumwollindustrie ist beigelegt. Die Löhne werden mit Wirkung vom 31. d. Mts. ab um 18½ Pence je Pfund, etwa 8 Prozent gekürzt. Die Arbeit in den Spinnereien wird morgen wieder aufgenommen. Wie in Deutschland so werden auch die Gewerkschaften in England unter ihrer reformistischen Führung aus.

„Hungermärsche“

London, 24. Oktober.

WTB. Die Blätter berichten jetzt regelmäßig über die Wanderungen der „Hungerdemonstranten“, die aus verschiedenen Teilen Englands nach London unterwegs sind. Es handelt sich um Gruppen von Arbeitslosen, die aus Lancashire, Yorkshire, Südwest, Kent usw. kommen, um in London auf ihre Notlage hinzuweisen. Aus Lancashire ist jetzt eine Gruppe von 38 Frauen unterwegs. In jeder Stadt, die die Demonstranten passieren, wird von den Behörden und von Privatpersonen für ihre Verpflegung und Unterkunft gesorgt.

Verordnung gegen Autodiebstahl

Berlin, 22. Oktober.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, Landkraftfahrzeuge nur insoweit, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. November 1932 in Kraft.

Streik im Goerz-Werk Berlin

Berlin, 22. Oktober.

CNB. Im Goerz-Werk in der Goerz-Allee in Berlin-Zehlendorf, das zu dem Zeiss-Ikon A.G.-Konzern gehört, sind heute in der Filmfabrik wegen Lohn Differenzen 450 Mann der Belegschaft in den Streik getreten. Die Werkleitung hatte die Belegschaft wegen des Rückganges der Aufträge vor die Entscheidung gestellt, zur Vermeidung von Entlassungen von etwa 100 Arbeitern zur 40 Stunden-Woche bei gleichbleibender Bezahlung des Stundenlohns, also ohne Lohnausgleich, überzugehen. Dieser Vorschlag ist von der Belegschaft abgelehnt worden.

Raubmord im Berliner Westen

Die Händlerin Auguste Möncke wurde heute mittig in ihrer Wohnung in der Lutherstraße im Bett gefesselt und erdrückt aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen der Mordkommission der Kriminalpolizei scheint es sich um einen Raubmord zu handeln. Man vermutet, daß der Ermordeten gehörige Goldpfandbriefe geraubt worden sind.

Tokio, 22. Oktober.

In Komatsu brach heute früh ein Großfeuer aus, das, wie man fürchtet, über 1000 Häuser zerstört hat.

Elend ohne Ende

Steigende Zahlen der Arbeitslosigkeit

Breslau, 24. Oktober. Nachdem die Berichtszeiträume von Juli an einen ständigen, teils mehr, teils minder starken Rückgang in der Zahl der Arbeitssuchenden gebracht hatten, der teilweise als Auswirkungen der Juni-Vollverordnung, teilweise aber auch als Folge saisonmäßiger Belegung anzusehen war,

ist in der ersten Oktoberhälfte, wie das Landesarbeitsamt Schlesien berichtet, erstmalig ein Wiederanstieg der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen.

Die Zahl der Arbeitssuchenden in Nieder- und Oberschlesien ist um 3592 auf 355 115 (259 765 in Nieder-, 95 352 in Oberschlesien) gestiegen. Bei den arbeitslosen Arbeitssuchenden beträgt die Zunahme 1656. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zusammen ist um 6018 auf 114 873 zurückgegangen. Nach den Ermittlungen für Ende September waren in Schlesien rund 16 000 Mann beim freiwilligen Arbeitsdienst und rund 12 650 bei Notstandsvorbereitungen beschäftigt.

An der Zunahme der Arbeitssuchendenzahl sind bei den männlichen Arbeitslosen die meisten Berufsgruppen beteiligt. Ein Rückgang ist u. a. in der Zuckerindustrie und der

Metallindustrie zu verzeichnen. Bei den weiblichen Arbeitssuchenden ist in der größeren Zahl der Berufsgruppen eine Abnahme zu verzeichnen, so im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, im Spinnstoff- und Bekleidungsindustrie, infolge saisonmäßiger Belegung. Dem steht eine starke weitere Zunahme bei den häuslichen Diensten, in der Land- und Forstwirtschaft, sowie im Gastwirtschaftsgewerbe gegenüber, so daß insgesamt auch die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden zugenommen hat.

Aus den vorläufigen für September vorliegenden Zahlen über Stilllegungen zeigt sich deutlich der vielfach sehr frühe, durch die Wirtschaftslage verursachte Saisonschluß in der Industrie der Steine und Erden (Ziegelwerke, Steinindustrie). Von 18 bisher ermittelten durchgeführten Teil- und Vollstilllegungen (August gleichfalls 18), durch die 975 (im August 1246) Kräfte betroffen wurden, entfallen allein vier mit 613 Kräften auf die Steinindustrie und fünf mit 174 Kräften auf die Ziegelwerke.

Diese Elendsstatistiken werden erst dann aufhören, wenn Deutschland eine freie sozialistische Sowjetrepublik ist.

„Im Namen des Volkes“

Zuchthaus, Zuchthaus

Schweidnitz, 22. Oktober.

Vor dem Schwurgericht hatte sich der Naturheilkundige Adolf Müller aus Schweidnitz wegen gewerbmäßiger Abtreibung in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung zu verantworten. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit wurde die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Der Angeklagte war bereits im Jahre 1927 wegen desselben Vergehens zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Behandlung des Angeklagten fiel im Februar dieses Jahres abermals ein kaum 17-jähriges Mädchen zum Opfer. Das Gericht verurteilte Müller zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Wegen Fluchtverdachts wurde der Angeklagte sofort in Haft genommen.

Görlitz, 22. Oktober.

Vor dem Görlitzer Schöffengericht hatte sich in mehrtägiger Verhandlung der geistige Urheber des Brandes im Herold-Bad, Görlitz-Moya, Landwirt Friedrich Stübner, aus Görlitz, wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges zu verantworten. Obwohl er die Inbrandsetzung seiner sehr hoch gegen Feuergefahr versicherten Jagdhütte in Heiligensee am 8. August 1929 bestritt, wurde er vom Gericht im Sinne der Anklage für überführt erachtet und zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust verurteilt. Da Fluchtverdacht vorlag, wurde der Angeklagte in Haft genommen. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt. S., der ein sehr

vermögender Mann ist, hatte allen seinen Hypothekenschuldnern den Rat gegeben, ihre Gebäulichkeiten anzuzünden, um sich durch die Brandentschädigungssumme zu sanieren. Auf diese Anregung ist auch der Brand im Herold-Bad in Moya zurückzuführen. Diese Angelegenheit wird noch die Strafgerichte beschäftigen.

Mord aus „Moral“

Hirschberg, 22. Oktober.

In dreitägiger Verhandlung hatte sich vor dem Hirschberger Schwurgericht der Gewerbeoberlehrer Lehmann aus Landeshut wegen Kindesmord zu verantworten. Lehmann hatte in der Nacht zum 11. März sein neugeborenes Kind erwürgt und der Leiche mit einer Schere und einem Messer furchtbare Verletzungen zugefügt. Er hatte die Tat begangen,

weil er in der Geburt des Kindes, die drei Monate nach der Hochzeit erfolgte, eine Schande für sich, seine Frau und seine Angehörigen sah.

Die ärztlichen Sachverständigen erklärten zwar, daß Lehmann zur Zeit der Tat in großer Erregung gewesen sei, dessenungeachtet aber seine freie Willensbestimmung besessen habe. Das Gericht verurteilte den Mann, der um gesellschaftlicher Vorurteile willen sein eigenes Kind grausam ermordete, nur wegen Totschlags zu der milden Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Seine mitangeklagte Frau wurde freigesprochen.

Carlsruhe die evangelische Kirchengemeinde, in Graase der Kreisverband Falkenberg.

Der Evangelische Presseverband für Schlesien teilt mit: „Der Arbeitslosendienst im Sozialen Ausschuss der evangelischen Kirchenprovinz Schlesien eröffnete in den letzten Septembertagen ein freiwilliges Arbeitsdienstaglager in Tillendorf bei Bunzlau, 50 Dienstfreiwillige schaffen dort in Aufforstungsarbeiten für Deutschlands Zukunft. In Pohlenowitz und Zimpel wurden zwei weitere Arbeiten in sogenannten halboffenen Lagern mit 60 Leuten aufgenommen. Mit diesen Maßnahmen unterhält der Arbeitslosendienst im Sozialen Ausschuss acht Lager.“

In die Einheitsfront, die von den Nazis über den Stahlhelm bis zur SPD und dem Reichsbanner reicht ist jetzt auch die Kirche eingedrückt. Wir gratulieren!

Strehleener Querschnitt

(Sonderbericht der SAZ)

Genossinnen und Genossen! Zum fünften Male in diesem Jahre treten wir in den Wahlkampf, zum fünften Male müssen auch wir in Strehlen die Arbeit für die Wahlschlacht aufnehmen. Wenn wir, wie bei der letzten Wahl, als einzige Ortsgruppe in Schlesien unsere Stimmenzahl gegenüber der vorletzten Wahl erhöhen konnten, so lag dies einzig und allein an der unermüdeten Kleinarbeit unserer Genossen.

Auch bei dieser Wahl rufen wir euch zu, mit neuem und größeren Elan an die Wahlarbeit heranzugehen, um unsere Gedankenziele an die Arbeiterschaft heranzubringen.

Die Ereignisse der letzten Monate und der letzten Jahre haben unseren Anschauungen und unserer Politik Recht gegeben. Wenn wir heute zu einem parlamentarischen Kampfe aufrufen, so nur deshalb, weil wir dabei die Arbeiterschaft zum außerparlamentarischen Kampfe mobilisieren wollen. Alles muß eingesetzt werden zur Befreiung der proletarischen Klasse! Die Parole lautet: Alle Mann an Bord!

Rebellion in der SA

Wie man sich erzählt, sollen SA-Laute im braunen Haus in Podibrad ihren Propagandaleiter, den Bonzen Stersek, gründlich verprügelt haben. Nanu, breitet sich die Rebellion auch in der Strehleener SA aus? Vielleicht könnte man einmal Näheres darüber erfahren?

Er bereitet sich aufs „3. Reich“ vor

Der hiesige Unternehmer des Kreis- und Stadtblattes läßt in den letzten Tagen sein Haus renovieren und läßt es da mit allerhand braunen Verzierungen bemalen. Soll etwa in Zukunft dieses Gebäude das Braune Haus von Strehlen werden?

An allem sind die Wähler schuld

Genau wie bei den letzten Wahlen traut sich die SPD in diesem Wahlkampf auch nur mit Kundgebungen vor die Massen, damit ihren Schülern ja nur nicht irgendeine andere Meinung, als die die SPD sanktioniert, vorgesetzt werden könnte.

Plakate und Flugzettel für eine Kundgebung, in der der frühere Oberpräsident

Lüdemann, der sich so schnell seiner Machtposition beraubt wurde, sprechen sollte, prangten auf Zäunen und Anschlagstulen. Und schöner Unsinn war in Druckerschwärze auf ihnen verzeichnet. So konnte man z. B. die Frage lesen: „Was haben die 230 Nazis und 89 Kommunisten im Reichstag für das Volk getan?“ Eine bescheidene Gegenfrage unsererseits: „Was hat die SPD für das arbeitende Volk Positives getan?“

Lüdemann kam nicht. An seiner Stelle erschien Wendemuth, der die ganze Schuld an den Ereignissen, daß es überhaupt soweit gekommen sei, den Wählern zuschob. Sie seien, da sie nicht richtig gewählt hätten, die wirklich Schuldigen.

Wendemuth ließ durchblicken, eine praktische Zusammenarbeit mit den Nazis sei gar nicht von der Hand zu weisen, falls die NSDAP sich nur für die Sozialisierungsanträge der SPD erklärte.

So tritt der parlamentarische Kretinismus in Reinkultur auf. Bemerkenswert war es, als Wendemuth eingestand, „er könne sich nicht vorstellen, was Kommunismus bedeute, obwohl er prinzipiell den Kommunismus vertreten müsse.“ Das glauben wir diesem Herrn gern.

Steinarbeiterstreik von Reformisten abgeblasen!

Während die betroffene Steinarbeiterschaft fast geschlossen für den Streik war und auch ohne Zögern in die Durchführung des Kampfes eintrat, zeigte der SPD-Betriebsratsvorsitzende von vornherein, daß er nichts unternehmen würde, den Streik abzuwürgen. Dem schleunigst herbeigerufenen Gangeschäftsführer des Steinarbeiterverbandes gelang es auch durch gewisse Demagogie, seine Verbandsmitglieder umzustimmen und Verwirrung und gegenseitiges Mißtrauen in die Arbeiterschaft zu tragen. Wie könnte er auch zulassen, daß gegen die der „Eisernen Front“ nahestehende Firma gestreikt wird? — Harmonie über alles!

Wenn jetzt von Seiten der KPD ein „Roter“ Steinarbeiterverband aufgezogen werden soll, so wäre das nur die Flucht vor den Schwierigkeiten der Arbeit unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen. Ein neuer Verband könnte schon aus Mangel an eigener Kraft und Mitteln nichts besser machen, sondern nur die Arbeiter weiter zersplittern. Nicht neue Organisationen neben den alten braucht die Arbeiterschaft, sondern Revolutionierung der alten Gewerkschaften, Einigung, gegenseitiges Vertrauen und ersten Kampfwillen.

Die Zustände bei Schwerin und Söhne

Hanfspinnerei in Gräbschen

Die Arbeiterschaft des Betriebes wird dauernd durch Anschuldige der Betriebsleitung, die für jeden klassenbewußten Arbeiter aufreizend wirken müssen, provoziert. Der Direktor Flebiger, ein früherer tschechischer Oberleutnant, hat zwar keine technischen Kenntnisse, aber die Firma hat dafür offenbar viel Geld für höchst überflüssige Ausgaben. So wurde z. B. vor Jahren für 600 bis 700 Mark Mahagoniholz gekauft, das man jetzt langsam verfaulen läßt, weil es sich als unbrauchbar herausstellte. Die Löhne für die Arbeiter aber sind der Firma immer noch zu hoch, und die Arbeiter werden als Faulenzer bezeichnet. In früheren Jahren aber hatte der Betrieb bei einer Belegschaft von 450 bis 500 Leuten nur einen Spinnmeister und keinen Direktor. Heute dagegen, bei einer Belegschaft von 270 Mann, sind drei Direktoren, ein Betriebsassistent, zwei Obermeister, zwei Schlossermeister und 50 kaufmännische Angestellte beschäftigt.

Der Assistent Röhl ist auch eine besondere Blüte. Er selbst weiß nicht, was er den ganzen Tag anfangen soll, und sucht nur immer, ob er bei einem Arbeiter oder einer Arbeiterin nicht etwas zum Anhaken findet. Die Meister haben zwar allerhand Kenntnisse, dürfen aber den Mund nicht auf tun und passen nur immer voller Angst auf, ob nicht einer der Direktoren von irgendeiner Seite herankommt. Denn von diesen werden auch sie in tollster Weise angeschnauzt.

Seit dem 19. Oktober wird in allen Abteilungen, außer der „unrentablen“ Schlosserwerkstatt, wieder 48 Stunden gearbeitet. Infolge des Fehlens von sachgemäßer Be-

handlung und rechtzeitiger Reparatur wird ungeheuerlich mit den Maschinen gewirtschaftet. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit und etwa noch einem entsprechenden Lohnausgleich ist überhaupt keine Rede. Es ist dringend erforderlich, daß die Belegschaft fest zusammensteht, um ihre Interessen wahrzunehmen.

Stimme des Linke-Hofmann-Proleten

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Augenblicklich steht die Metallindustrie in einer Lohnbewegung. Es wäre unbedingt notwendig gewesen, wieder einmal eine Belegschafts-Vollversammlung zu machen, besonders, da wir uns seit dem 1. August in einer Lohnbewegung befinden. Aber der Betriebsratsvorsitzende, Stadtrat und SPD-Landtagskandidat Gustav Scholz, hält das scheinbar nicht für notwendig.

Obwohl es im Betrieb viele Mißstände gibt, die unbedingt abgestellt werden müssen, scheint er der Meinung zu sein, bei Linke-Hofmann ist alles in schönster Ordnung.

Die Proleten sind allerdings anderer Meinung, die wissen, wo der Schuh drückt; Material wäre also genug vorhanden. Die letzte Belegschaftsversammlung liegt über ein Jahr zurück.

Wann, Kollege Gustav Scholz, gedenkst du die Versammlung zu machen? Noch in diesem Jahr?

Hauszinssteuerstundung

Vom Magistrat wird uns geschrieben:

Personen, die weder vom Fürsorgeamt noch vom Arbeitsamt unterstützt werden, können, wenn sie sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, Hauszinssteuerstundung für ihre Wohnung nach Vordruck beantragen. Dadurch wird unzweckmäßiges Schreibwerk vermieden. Vordrucke für die Antragstellung sind in der Kreisstelle 7 des Fürsorgeamtes, Ursulinerstraße 22/26, II, Zimmer 207, und im Vorortgebiet bei den Bezirksämtern zu haben.

Werbt Abonnenten

Warum Parlamentwahlen und kein Ende?

Oeffentliche Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei - Breslau

Im großen Saale des Schlosswerders, am Mittwoch, den 26. Oktober, 19 Uhr

Es spricht:

Walter Fabian, Dresden • Ernst Eckstein, Breslau

Unkostenbeitrag: Nichtmitglieder 20 Pfg., erwerbslose Nichtmitglieder 10 Pfg. Mitglieder . . . 10 Pfg., erwerbslose Mitglieder . . . 5 Pfg. 19—20 Uhr: Konzert der Schalmeykapelle

Jetzt auch die Kirche

Oppeln, 22. Oktober.

Der Evangelische Volksdienst für Oberschlesien richtet am Montag, dem 24. Oktober, einen Arbeitsdienst in Graase und am Mittwoch, dem 26. Oktober, einen Arbeitsdienst in Carlsruhe ein. Der Träger der Arbeit ist in

Erste Hilfe, die wichtigste Hilfe!

Achtung, Jugendgenossen!

Wie in den Vorjahren, veranstaltet auch in diesem Winter die Breslauer Arbeiter-Samariter-Kolonie wieder einen Lehrkursus in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen für Jugendliche beiderlei Geschlechts. Der Kursus soll jeden Teilnehmer mit dem Wissen vertraut machen, das ihn befähigt, einem Verunglückten eine sachgemäße erste Hilfe angedeihen zu lassen.

Erste Hilfe kann oftmals den Tod oder dauerndes Siechtum verhindern. Darum ist die erste Hilfe die wichtigste Hilfe! Leider muß gesagt werden, daß Helfer, Samariter fast immer fehlen. Die Zahl der ausgebildeten Samariter ist viel zu niedrig. Für Euch Jugendliche besteht hier die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiet Abhilfe geschaffen wird. Die Jugend muß sich mit den Grundsätzen der sachgemäßen Hilfeleistung vertraut machen. Darum sollte kein Burache und kein Mädel versäumen, sich auf diesem Gebiete ausbilden zu lassen.

Ein unter ärztlicher Leitung stehender Ausbildungskursus, gemeinsam für Burschen und Mädels, beginnt am kommenden Mittwoch um 8 Uhr im Zwinger-Gymnasium. Jugendgenossinnen und Genossen, tragt mit dazu bei, dafür zu sorgen, daß erste Hilfe an jedem Ort und zu jeder Zeit geleistet werden kann. Für Erwachsene findet ein Ausbildungskursus in der kommenden Woche ebenfalls im Zwinger-Gymnasium statt, wozu noch eine besondere Mitteilung ergeht.

Das Arbeitsdienstlager unter Genossen

Die „50-Pfennig-Wiese“ bei Dortmund

Bei Dortmund hatten die „Naturfreunde“ vor einigen Jahren ein hübsches Fleckchen Erde entdeckt, eine Wiese, inmitten von Waldungen gelegen, mit herrlichem Ausblick ins Ruhrtal. Als diese Wiese Sonntag für Sonntag das Ziel von immer mehr Proleten wurde, die im Volksmund schon als „50-Pfennig-Wiese“ Ruf erhalten hatte — 50 Pfennige mußten nämlich für das Lager auf der Wiese an den Eigentümer bezahlt werden —, entschlossen sich die dortmunder Naturfreunde, hier ein Naturfreundehaus zu errichten. Der Plan war kühl, denn da man nicht die Bauherrnenschaft hatte, viel Geld zu besitzen, sollte das Haus aus Sammlungen und eigener Hände Arbeitskraft gebaut werden. Nun langsam ging deshalb die Arbeit voran, mit viel Enthusiasmus und Zähigkeit, mit viel Aufopferung und Liebe wurde Stein für Stein aufeinandergetragen. Heute hat die „50-Pfennig-Wiese“, deren Bauwerk weit über das Ruhrproletariat hinaus Symbol für proletarisches Klassenbewußtsein und Solidarität geworden war, längst nicht mehr den guten Ruf wie in früheren Jahren. Es weht dort eine andere Luft als früher, und die munter dahinfließende Arbeit, getragen von dem Rhythmus: Wir schaffen es selbst, ist von einem Arbeitsregiment mit Kontrollsystem, Maßregelungen und Militärzucht abgelöst worden: Freiwilliger Arbeitsdienst!

Es war ein Weg geplant, der von dem benachbarten Schwerte nach dem Naturfreundehaus führen sollte, und zum Bau dieses Weges beschritt man eben einen Weg, der nichts mehr mit Klassenbewußtsein und Solidarität zu tun hatte, aber man glaubte, es sei einfacher; und da alle möglichen Organisationen im Freiwilligen Arbeitsdienst machten, warum dann nicht auch die dortmunder Naturfreunde! Man argumentierte: Die Naturfreunde können auch was von dem dargelegten Batzen nehmen, natürlich trotz „grundsätzlicher Gegnerschaft“. Außerdem, so sagte man sich, behalten wir unseren Einfluß auf die jungen Leute. Also wurde das Arbeitsdienstlager beantragt und eröffnet. Seit ein paar Monaten strahlt es seinen veredelnden Einfluß aus.

Die Jungens sagten: Wir waren einmal alle Gegner des PAD, aber da es die „Naturfreunde“ machten, dachten wir, man könne schon mitun, und wo man unter Genossen ist, kann die Sache nicht schlimm werden. Heute sagen sie: Wenn das so weiter geht, daß der Leiter (auch ein Genosse) hier mehr und mehr Stahlhelmmethoden einführen will, haben wir eines Tages alle ab. Vier haben das mittlerweile wahrgemacht, zwei davon erst von weitem. Ritzlich hat ein Genosse um Urlaub für den Abend, da er nach Dortmund zum Gruppenabend der SAJ wollte. Er hätte auch gerne Butterbrote für den Abend mit, da er nicht seinen Eltern, die in Dortmund wohnen, zur Last fallen möchte. Der Leiter darauf im Tone, der verheißene Ähnlichkeit mit der berühmten Unteroffiziersschnauzerei hat:

„Butterbrote gibt's nicht, wenn du den Eltern nicht zur Last fallen willst, bleibst du hier; und überhaupt, es gibt keinen Urlaub mehr für derartige Touristen! Paßt dir das nicht, kannst du die Entlassungsgesepelre haben!“

Der Junge zog die Konsequenzen und ließ sich seine Papiere geben. Empörung bei den anderen.

Der Leiter verteidigt sich damit, daß er sich nach den Anordnungen des Landesarbeitsamts richten müsse. Die Bestimmungen seien schärfer geworden, und er sei dafür da, daß sie eingehalten und befolgt werden. (!)

Die Jungens beklagen sich, daß auch das Essen schon merklich nachgelassen habe. Während es in der ersten Zeit fast täglich ein Stück Fleisch gab, ist das heute nur noch eine Seltenheit. Abends gibt es immer wieder dasselbe Futter. Schon mehrere Male sind ernsthafte Auseinandersetzungen entstanden, weil es zum Sattwerden gefehlt hat.

So steigt die Enttäuschung und die Unzufriedenheit von Tag zu Tag. Auch der Leiter bekommt allmählich die Nase voll. Er will die Brocken hinwerfen, wenn sich das so dranhält. Man muß nur raten, ob er es tun will, weil die Jungens nicht nach seiner Flöte tanzen wollen, oder weil er kuriert ist. D. d.

Nichts gelernt und nichts vergessen

Eine Wahlzeitung der SPD

Nürnberg, 21. Oktober.

In einer Wahlzeitung der SPD Mittelfrankens schreibt Dr. Staudinger, von Bracht abgesetzter Staatssekretär im preussischen Handelsministerium, über „Aufbruch zum Sozialismus“. Er stellt fest, was die SPD vor der Spaltung ihrer Opposition aufs Äußerste abgestritten hat:

„Die ökonomischen Voraussetzungen für einen sozialistischen Sieg sind gegeben.“

Aber welche Konsequenzen zieht er daraus?

„Künftige Krisen können nur vermieden werden (wie will er das aus der gegenwärtigen Krise herauskommen?) wenn durch planvolle Zusammenfassung des Kredits, durch planvolle Bewirtschaftung unserer Großwirtschaft Fehlinvestitionen und Kapitalverluste (!) vermieden werden und die Produktion auf den Bedarf abgestellt wird.“

Das sieht nur nach Staatskapitalismus aus. Wo bleibt die Forderung nach Arbeiterkontrolle der Produktion? Sie bleibt unbeachtet!

Stattdessen erscheint als „sozialistische“ Forderung lediglich die nach öffentlicher Arbeitsbeschaffung.

„Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das große produktive Arbeiten der öffentlichen Hand gestattet, liegt vor. Was fehlt noch, um die ökonomische Entwicklung unseres Volkes sicherer (?) zu gestalten? Die politische Macht in den Händen der Sozialdemokratie!“

Ausgerechnet! Ein kapitalistischer Staat, der das Privateigentum unangestastet läßt und nur öffentliche Aufträge vergibt, kann der Wirtschaftskrise beheben? Denn kapitalistisch wird dieser Staat bleiben, auch wenn die SPD Reichstagsfraktion ihn regiert! Es wird ja die Diktatur des Proletariats in diesem Aufruf ausdrücklich abgelehnt!

Der Riesenunsinn der SPD-Politik ist der Wunderglaube, ein Staatskapitalismus sei schon Sozialismus!

Dieser Staatskapitalismus kann wohl, geschickt angewandt, der Arbeiterklasse gewisse Erleichterungen bringen, aber die allgemeinen Tendenzen des kapitalistischen Systems natürlich nicht aufheben. Weil aber die SPD diesen Staatskapitalismus bereits als „Hilfswachsen in den Sozialismus“ erklärt und diesen Staat bis 1930 als „ihren Staat“ bezeichnet hat, darum wird von vielen, die der SPD „Glauben geschenkt haben, das Versagen des Staatskapitalismus als Versagen des Sozialismus ansehen, und so wird der üblichen Nazi-Demagogie erst der Boden bereitet. Dieser SPD-Illusion den Garaus zu machen, bedeutet also, den Nazis eins ihrer besten Schwindel-Argumente zu entziehen!

Wie will die SPD den Kampf um die Macht führen?

„Der aktive organisierte Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Papandiktatur, gegen den letzten Rettungsversuch des Kapitalismus, begann mit dem Wahlkampf (!!) zum 6. November.“

Da schlägst du lang hin! Mit dem Stimzettel will die SPD um die Macht kämpfen! Preisrätsel: Was räte Papen mit einem Reichstag, der eine rote Mehrheit hat?

Wer ist Schuld am Mißerfolg der Sozialdemokratie? Der böse Nachbar von links natürlich!

„Anstatt die Arbeiterforderungen in den Parlamenten zu stützen, haben die antiparlamentarischen Parteien den Kampf der Sozialdemokratie um die Erhaltung der sozialen Stellung der Arbeiterschaft unmöglich gemacht.“

Soso, Kampf nennt man das! Dieses Koalieren mit dem Klassenfeind, das Tolerieren jeder Brüning-Notverordnung, das Parieren vor einem feldgraun Hauptmann und drei Mann! Hat die SPD immer noch nicht begriffen, wie man einen Kampf führt? Und wer war es denn, der den Reichstag zu einem willenlosen Anhängsel der Regierung gemacht und die „weitherzige“ Auslegung des Paragraph 48 toleriert hat? Und wofür „kämpft“ die SPD? Für Diktatur des Proletariats auch heute noch nicht. Sondern für die „Erhaltung der sozialen Stellung der Arbeiterschaft“. Aber die soziale Stellung der Arbeiterschaft ist heute — die eines ausgebeuteten Lohnsklaven. Soll die von der SPD „erhalten“ werden? Oder sind damit die paar Erleichterungen der Ausbeutung gemeint, die 1918 bis 1927 unter dem Druck der Straße bewilligt worden und selbster auf dem Weg des kleineren Übels, d. h. etappenweise in Vierteljahresraten, abgebaut worden sind? Und glaubt die SPD, auf dem Boden des kapitalistischen Systems nochmal was zu erreichen?

Offenbar ja, denn in dem Artikel von Dr. Staudinger steht ein Satz, den sich jeder Proletarier merken sollte:

„Nur durch öffentliche Arbeitsbeschaffung kann neuer Auftrieb in die Wirtschaft kommen und kann sich die deutsche Wirtschaft mit der ersten Besserung der Weltwirtschaft wieder beleben!“

Und dafür „Sozialistische Aktion!“ Und dafür alle Kraft der Klasse wochenlang auf den Stimzettel konzentriert — für die Hoffnung auf eine Besserung der kapitalistischen Weltwirtschaft, die nie kommen wird, und selbst wenn sie käme, der Arbeiterklasse die Ausbeutung nicht erleichtern würde!

Wahrlich, die SPD hat von allen ihren falschen Ansichten nichts vergessen und aus all den Fehlschlüssen und aus dem furchtbaren Elend des Proletariats nichts gelernt!

Planmäßige Wahlpropaganda

Es soll hier nicht von der politischen Seite der Wahlbeteiligung mit eigenen Listen und eigener Reichsliste gesprochen werden. Vielmehr werden nur einige Gedanken und Erfahrungen zur Anregung einer systematischen Wahlpropaganda vorgetragen. Es ist uns allen klar, daß es Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin sein muß, so aktiv wie nur möglich in der Wahlarbeit für einen Erfolg der Partei zu kämpfen, weil wir ja alle überzeugt davon sind, daß eine machtvolle Entfaltung unserer Partei zugleich die Voraussetzung dafür ist, daß die deutsche Arbeiterklasse aus der augenblicklichen Defensivstellung in die Offensivstellung gegenüber der Konterrevolution kommt.

Obwohl wir die parlamentarischen Wahlen nur als ein wichtiges Teilgefecht ansehen und ohne jede Illusion über ihre Bedeutung sind, ist es doch unsere Aufgabe, alles daranzusetzen, um eine möglichst hohe Stimmzahl zu erhalten. Denn unsere Stimmzahl übt eine psychologische Wirkung auf die zum größten Teil noch in parlamentarischen Illusionen befangenen Massen aus, und eine geringe Stimmzahl ist ein Hemmnis unserer weiteren politischen Arbeit, trotz unserer hundertprozentig richtigen Einschätzung der Lage. Es erhebt sich daher die Frage, wie können wir im Rahmen unserer finanziellen Kraft den höchstmöglichen Erfolg erzielen?

Wir haben in diesem Jahr mehr als genug Wahlbewegungen gehabt. Besonders die letzte Reichstagswahl hat uns im höchsten Maße aktiv gesehen. Mir scheint jedoch, daß nicht immer unsere Kräfte rationell genug verwandt worden sind. Da wir von vornherein mit relativ weniger Kräften als etwa KPD oder SPD arbeiten müssen, hängt etwa der Erfolg unserer Arbeit gerade davon ab, in welchem Maße es uns gelingt, unsere Schlagkraft und Propaganda so einzusetzen, daß jedesmal ein Gewinn erzielt wird.

Um mit unserem Propagandamaterial gut und wirkungsvoll zu arbeiten, scheinen mir die Erfahrungen einer Ortsgruppe im Unterbezirk Dresden wert, hier zur Nachahmung empfohlen zu werden. Diese Genossen haben sich sofort nach der Wahl vom 31. Juli daran gemacht, die Wähler, die unsere Liste in diesem Ort gewählt hatten, namentlich festzustellen und eine Kartei danach anzulegen, die die Grundlage zur weiteren Bearbeitung dieser Genossen bildete.

Es ist zunächst versucht worden, in persönlicher Fühlung zu kommen. Diese Feststellung unserer Wähler ist mit Hilfe der Mitgliedschaft und an Hand des Verzeichnisses der Wochenzeitungsläser ziemlich leicht möglich. In den einzelnen Wahlbezirken ist die Stimmzahl verhältnismäßig gering, so daß dort diese Feststellungen keine besonderen Schwierigkeiten machen dürften. In kleineren Orten ist die Ermittlung unserer Wähler meist noch leichter möglich.

Ferner sind diese Wähler mit dem nötigen Material versehen worden, wie Broschüren,

Zeitungen und dergleichen. Sofern es sich um Genossen handelte, die infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage waren, Zeitungen oder Broschüren zu kaufen, haben sie gelesene Nummern kostenlos erhalten. Außerdem wurde der so bearbeitete Kreis in gewissen Abständen zu öffentlichen Diskussionsabenden eingeladen, um die verschiedenen Meinungen über die Aufgaben unserer Partei in der Arbeiterbewegung zu klären. Der größte Teil der Eingeladenen ist denn auch immer erschienen, und auf diese Weise ist gute Vorarbeit geleistet worden. Nicht nur, daß dieser Kreis von Arbeitern von der Richtigkeit unseres Kampfes überzeugt werden konnte, sondern darüber hinaus werden die so bearbeiteten selbst zu Trägern und Verbreitern unserer Ideen. Diese Arbeit hat den Vorteil, daß unnützer und kostspieliger Materialaufwand vermieden wird, und außerdem besteht die begründete Hoffnung, daß die so bearbeiteten Genossen früher oder später selbst aktive Mitkämpfer in unseren Reihen werden, und das ist das Wesentlichste an dieser Arbeit.

Bei der am 31. Juli aufgetragenen Stimmzahl in den einzelnen Orten dürfte es keine unlösbare Aufgabe sein, überall gleichfalls eine solche Kartei anzulegen und die systematische Bearbeitung gerade der auf diese Weise Erfassten in den Vordergrund zu stellen. Es müßte sich jede Gruppe vornehmen, zunächst diese Arbeit in ihrem Orte zu leisten, ehe sie andere Orte bearbeitet. Der Unterbezirk Dresden wird nach reiflicher Ueberprüfung der mit diesem System gemachten Erfahrungen die Wahlkosten um ca. ein Drittel senken können und trotzdem das Gleiche erreichen.

Unsere Stimmzahl am 6. November nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit zu steigern, dazu kann eine gut organisierte, planmäßige Propagandarbeit in dem hier aufgezeigten Sinne wesentlich beitragen.

Hegla.

Ein Menschenleben für 12 Pfd. Kaffee

Aachen, 22. Oktober.

In der letzten Nacht wurde in der Nähe von Ophoven von Zollbeamten eine achtköpfige Schmugglerbande gestellt, die trotz der Rute und Warnungsschüsse der Beamten nicht stehen blieb. Die Beamten gaben hierauf mehrere scharfe Schüsse ab, von denen einer einen sechzehnjährigen Jungen aus Scharfenberg auf der Stelle tötete. Man fand bei dem Toten 12 Pfund Kaffee und ein bißchen Tabak.

Zur gleichen Zeit wurde auf dem Gymnastischen Weg, der gleichfalls häufig von Schmugglern benutzt wird, ein 30-jähriger Mann durch einen Schuß an der Schulter schwer verletzt. Man fand bei ihm 1400 Zigaretten.

Aus Sachsen

Buchholz.

Nach längerer Pause trat das Stadtparlament wieder zu einer Sitzung zusammen. U. a. wurden die Vergütungssteuersätze wesentlich gesenkt. Die Steuer brachte früher einmal 12000 RM., im Vorjahre war der Ertrag nur noch 6000 RM. und er wird nach den neuen Sätzen auf etwa 3000 RM. zurückgehen. Trotzdem hatten Rat u. d. Finanzausschuß (die sonst immer sparen) der Senkung zugestimmt. Von den Sprechern der Linken wies nur unser Genosse darauf hin, daß in dieser Maßnahme wohl auch etwas Propaganda der bürgerlichen Mehrheit für die Wahl zu erblicken sei. — Ähnlich lag es bei einem einstimmig angenommenen Antrag der Bürgerlichen, der örtlichen Nothilfe aus Rücklagemitteln zu Winterhilfsmaßnahmen, insbesondere zur Abgabe von verbilligten Kohlen und Kartoffeln, bis zu 10000 RM. zur Verfügung zu stellen. Gedacht ist an individuelle Hilfe. Die SPD begnügte sich mit der Erklärung, daß sie hätte anfragen wollen, was der Rat zu tun gedenke. Vonend (KPD) zog Vergleiche zwischen den Einkünften der Erwerbslosen und dem Gehalt des Bürgermeisters, woran sich die regelmäßig einsetzende Privatunterhaltung zwischen ihm und dem Bürgermeister knüpfte. Unser Genosse Breitung zeigte auf, daß dem zusammenrechnenden kapitalistischen System kein anderer Ausweg bleibt, als alle Lasten auf die schwächsten Schultern — Unterstützte dort, Gemeinden hier — abzuwälzen; gegenüber den bürgermeisterlichen Einwendungen weist er die Subventionen und Zölle hin; bei sinnvoller Verwendung dieser Unsummen würde auch die Lage der Gemeinden eine bessere sein. — Eine Eingabe der Mieter, von der Antifaschistischen Aktion in die Wege geleitet, die Senkung der Mieten, Gewährung von Mietbeihilfen, Aussetzen von Beitreibungs- und Zwangsmaßnahmen gegen säumige Mieter fordert, konnte nur nach Unterstützung durch unseren Vertreter zur Verhandlung gelangen. Der Sprecher der Bürgerlichen bezeichnete ebenso wie der Bürgermeister den Antrag wegen der damit verbundenen Kosten als undurchführbar und konnte interessanterweise seine Ablehnung mit Ausführungen des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Freital, Klimpel und des sozialdemokratischen Amtshauptmanns von Chemnitz, Robert

Müller, begründen. Wie muß den sozialdemokratischen Stadtverordneten zumute gewesen sein, als sie dann gemeinsam mit den Vertretern der SAP und KPD für den Antrag stimmten, während die bürgerliche Mehrheit ihn ablehnte?

Erla-Crandorf.

Die SAP hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung beschlossen, sich mit den anderen proletarischen Parteien zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Arbeiterliste in Verbindung zu setzen. Die Antworten auf unser Angebot an die anderen Parteien sind nun eingegangen. Die KPD lehnt die gemeinsame Liste mit dem Vorwand ab, daß sie ihre Partei nicht mit den Leuten von der SPD belasten könne, und außerdem habe sie Anweisung von ihrer Landesleitung, gemeinsame Listen und Listenverbindungen abzulehnen.

Die SPD ließ uns einen ellenlangen Bescheid zukommen und beschwert sich vor allem, wir hätten in der SPD den größten Feind gesehen (!) und hätten uns damit ins Fahrwasser der KPD begeben. Zur Frage gemeinsamer Listenaufstellung verdeckt sie sich hinter die ablehnende Haltung der KPD-Landesleitung, sie haben von sich aus überhaupt keine Entscheidung getroffen. Einer Listenverbindung stimmt sie prinzipiell zu. — Wir müssen den Genossen von der SPD sagen, daß sich die SAP niemals in das „Fahrwasser“ einer anderen Partei begeben wird, dazu ist der Weg der SAP durch das Versagen der anderen Arbeiterparteien viel zu klar vorgezeichnet. Den Kampf gegen die Eisernen-Front-Manöver können wir im Interesse der Arbeiterschaft nicht aufgeben, wir werden den Arbeitern auch weiter sagen müssen, daß der Dreipfeil-Rummel nur ein Durchhalte- und Täuschungsmanöver ist, das eine geschlossene rote Klassenfront niemals ersetzen kann. Arbeiter von Erla-Crandorf, aus den Antworten der beiden Parteien seh ich, wer die Einheitsfront wirklich ehrlich will. Immer werfen sie mit dem Schlagwort „Einheitsfront herum, und wenn es gilt, dann suchen sie nach Ausreden und Bedingungen, die möglichst vom ändern nicht erfüllt werden können. Wir können den Genossen der SPD und KPD nur zurufen: Macht euch frei von Oben, laßt euch nicht immer kommandieren, sondern denkt selber nach, dann wird die Einheitsfront zustande kommen.

Moral auf Kosten der Volksgesundheit

Die Sittenpolizei wird wieder eingeführt / Von Prof. Felix Halle

Professor Halle, einer der besten Kenner des sozialen Problems der Prostitution, hat nachstehenden interessanten Artikel auf Anforderung der „Roten Post“ geschrieben.

Wie bekannt, plant die Reichsregierung, mit schärfsten polizeilichen Mitteln gegen die Prostitution vorzugehen, d. h. die Sittenpolizei soll wieder eingesetzt werden.

Ueberblicken wir in Kürze die Maßnahmen, die der Gesetzgeber in dem größten deutschen Lande, in Preußen, und später im Deutschen Reich während der letzten 150 Jahre gegenüber der Prostitution getroffen hat.

Angewandt in der Absicht, die Gesellschaft vor allem aber das Militär — vor Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten zu schützen, verordnete Preußen 1791 im Allgemeinen Landrecht die grundsätzliche Kasernierung der Prostituierten in besonderen Häusern (Bordellen). Der zweite Teil des Landrechts enthielt im Titel 20 folgende Vorschriften:

„§ 999: Liederliche Weibspersonen, welche mit ihrem Körper ein Gewerbe betreiben wollen, müssen sich in die unter der Aufsicht des Staates geduldeten Hurenhäuser begeben.“

„§ 1023: Weibspersonen, die von der Hurelei ein Gewerbe machen, ohne sich ausdrücklich unter die besondere Aufsicht der Polizei zu begeben, sollen aufgegriffen und zu dreimonatiger Zuchthausarbeit verurteilt werden.“

Lediglich um dem „Bedürfnis“ der Männer „höherer Stände“ entgegenzukommen, wurden von der Polizei neben den Bordellen auch sogenannte „Hinspänner“ zugelassen, unter welcher amtlichen Bezeichnung die alleinwohnenden Prostituierten ihre polizeiliche Konzession zur „Gewerbsanzucht“ erhielten.

Da diese Maßnahmen in hygienischer Hinsicht ihr Ziel verfehlten und die Geschlechtskrankheiten, insbesondere in der Zeit der nachfolgenden kriegerischen Ereignisse sehr zunahm, ging der Staat kurz vor den Freiheitskriegen (1813) dazu über, die „öffentliche Duldung“ der Prostitution aufzuheben oder doch einzuschränken. Gegen „Weibspersonen“, die ohne staatliche Erlaubnis „gewerbsmäßige Unzucht“ trieben, gingen die Behörden in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wiederholt mit scharfen Strafen vor.

Die polizeiliche Reglementierung der Prostituierten war in Preußen nach französischem Vorbild in einer Verordnung von 1824 verfügt worden; sie bestand auch unter der konstitutionellen Monarchie und unter der bürgerlichen Republik weiter — bis zum 1. Oktober 1927. August Forel, der berühmte Schweizer Gelehrte schrieb darüber in seiner „Sexuellen Frage“:

„Die heutige Organisationsform verdankt die Prostitution hauptsächlich Napoleon I. Sie ist auch, wie seine ganze Gesetzgebung in bezug auf Ehe und Geschlechtsverkehr, der rechte Ausdruck seiner Maxime über die Behandlung des Weibes: Unterdrückung der Frau, Mißachtung ihrer Rechte und Herabwürdigung des Weibes zum Genußgegenstand für den Mann, zum Fortpflanzungsinstrument.“

Die napoleonische Auffassung entspricht dem klassenmäßigen Willen der Bourgeoisie. Nach dem französischen System wurden Mädchen und Frauen, wenn sie bei der Ausübung der „gewerbsmäßigen Unzucht“ von der Polizei aufgegriffen waren, zwangsweise oder auf Grund ihrer „freiwilligen“ Erklärung in besondere Listen eingetragen und damit einer ständigen Sittenkontrolle unterstellt. Die Sittenkontrolle bestand in einer polizeilichen Beaufsichtigung der Lebensweise unter Auferlegung verschiedener Beschränkungen in bezug auf die Benutzung bestimmter Straßen, den Besuch bestimmter Oertlichkeiten und

Lokale, sowie Verhaltensregeln im Interesse der „öffentlichen Ordnung, Sittlichkeit und Gesundheit“. Die Prostituierten erhielten einen Ausweis (Karte oder Buch) und waren verpflichtet, sich regelmäßig einmal oder mehrere Male in der Woche oder innerhalb 14 Tagen einer Untersuchung durch den Polizeiarzt zu unterwerfen, andernfalls wurden sie verhaftet, zwangsweise vorgeführt und — seit 1871 — gemäß § 361 Reichsstrafgesetzbuch bestraft.

Eine besondere Frage innerhalb der Reglementierung war die Kasernierung der Prostituierten in Bordellen. 1861 wurden die öffentlichen Häuser in Preußen durch Kabinettsorder geschlossen, jedoch nach drei Jahren, 1867, bereits wieder eröffnet; widersprechende Maßnahmen, welche die Unsicherheit der Behörden auf diesem Gebiet auf das deutlichste zeigen.

Diese Prinzipienlosigkeit der Prostitutionsgesetzgebung wurde keineswegs mit dem Übergang vom absoluten Staat zur konstitutionellen Monarchie überwunden.

Die Mängel der polizeilichen Reglementierung der Prostitution, wie sie im 19. Jahrhundert bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland bestanden hat, wurden im Laufe dieser Periode von den Fachleuten, den Ärzten, Soziologen und Juristen immer schärfer erkannt. Zunächst stellte es sich heraus, daß immer nur ein kleiner Bruchteil der tatsächlich „Gewerbsanzucht“ treibenden Frauen von der polizeilichen Reglementierung erfaßt wurde. Bei dem klassenmäßigen Charakter der Gesellschaft und des Staates waren es immer nur die ärmeren und sozial schwächeren Schichten der Prostitution, die der Kontrolle unterworfen wurden. Die gesamte, nicht kontrollierte Prostitution in den Großstädten wurde von den Sachkennern auf das Vielfache, zumeist auf das Zehnfache der reglementierten Prostitution geschätzt.

Mit der besseren Erkenntnis der Geschlechtskrankheiten, mit der Entdeckung ihrer Erreger des Gonorrhoe- (Tripper-) Bazillus (Gonokokkus) durch Professor Neisser 1879 und der Syphiliserregerin, einer schraubenförmigen Spirochete, durch Dr. Schaudin um die Jahrhundertwende, stellten die Fachärzte fest, daß die polizeilichen Untersuchungen keine Gewähr dafür bieten konnten, daß ein Geschlechtsverkehr mit einem von einem Polizeiarzt für nicht ansteckend gehaltenen „Kontrollmädchen“ nicht doch zu einer Ansteckung führt. Die männliche Kundschaft der Prostituierten aber glaubte sich infolge der Kontrolle in einer Sicherheit, die tatsächlich keineswegs bestand.

Deswegen forderten die Vertreter des Proletariats in Uebereinstimmung mit den Anträgen mancher bürgerlicher Fachorganisationen, so der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ die gesetzliche Beseitigung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution. Zugleich kämpften unter dem Gesichtspunkte der Herabwürdigung der Frau unter dem Namen „Abolitionismus“ eine Reihe von Vereinen für die Beseitigung der polizeilichen Zwangsuntersuchung.

Die Bestrebungen auf Beseitigung der Sittenpolizeikontrolle hatten schließlich Erfolg, weil der Weltkrieg und die Nachkriegszeit — insbesondere auch die Periode der Inflation — zu einer ungeheuren Verbreitung der Geschlechtskrankheiten geführt hatten. Vor allem hatte die militärpolizeiliche Kontrolle der Prostitution im Felde, in der Etappe und im besetzten Gebiet die Unzuverlässigkeit dieser Maßnahme unwiderleglich erwiesen.

So kam es zum Erlaß des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927, das am 7. Oktober 1927 in Kraft trat. Nach diesem Gesetz ist die Ausübung der Prostitution durch eine Frau an sich straflos. Aber der Gesetzgeber war weit entfernt, konsequent an der grundsätzlich anerkannten Nichtbestrafung der weiblichen Prostitution festzuhalten. Das Gesetz enthält vielmehr eine Anzahl von Tatbeständen, die es in

der Praxis den Prostituierten tatsächlich unmöglich machen, straffrei zu leben. Das Gesetz verbietet z. B. die Ausübung des Unzuchterwerbs in der Nähe von Kirchen, Schulen oder sonstwie für Jugendliche bestimmten Oertlichkeiten, obwohl der Prostitutionsbetrieb fast ausschließlich zu Zeiten stattfindet, in denen die Kirchen und Schulen geschlossen sind. Ferner werden Prostituierte bestraft, wenn in der Wohnung, in denen sie ihrem Gewerbe nachgehen, Kinder im Alter über drei oder Minderjährige bis zu 18 Jahren wohnen, d. h. die Prostituierte wird bestraft, wenn sie nicht genügend Geld hat, sich Wohnverhältnisse nach freiem Willen zu schaffen. Schließlich wird nach dem Geschlechtskrankengesetz mit Haft bestraft, „wer öffentlich in einer Sittlichkeit oder Anstand verletzender Weise zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet“. Der Gesetzgeber hat hierbei nur verstanden, gleichzeitig eine Erläuterung dafür zu geben, wie eine Frau öffentlich in einer Sittlichkeit und dem Anstand nicht verletzender Weise „zur Unzucht“ auffordern kann.

Trotz dieser erheblichen Mängel, trotz dieser Uebnahme reaktionärer polizeistatistischer Auffassungen, die besonders noch dadurch verschärft werden, daß die Prostituierten auf Grund solcher Tatbestände von der Verwaltungsbehörde auf Jahre hinaus dem Arbeitshaus — Jugendliche den Zwangsarbeitsanstalten — überwiesen werden können, brachte das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten insofern erhebliche Verbesserungen, als es die Wohnverhältnisse der Prostituierten legalisierte. Seit jener zitierten Reichsgerichtsentscheidung aus dem Anfang der achtziger Jahre hatten die Prostituierten keine Wohnung beziehen können, ohne den Vermieter als „Kuppeler“ strafbar zu machen. Seit dem 1. Oktober 1927 kann die Prostituierte wenigstens eine Wohnung mieten, ohne den Wirt durch das bloße Abvermieten in die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zu bringen. Die „Absteigequartiere“ dagegen, d. h. die Orte, an denen die Prostitution ihrem Gewerbe nachgeht, unterliegen noch den Strafbestimmungen über die Kuppelerei.

Am bedeutsamsten aber ist es, daß durch das Geschlechtskrankengesetz die eigentliche sittenpolizeiliche Aufsicht dem Grundsatz nach beseitigt wurde. Die Prostituierten können sich durch Privatärzte behandeln lassen. Nur wenn sie sich bei einer veneryschen Erkrankung jeglicher Behandlung durch den Arzt entziehen, sind Zwangsmaßnahmen gegen sie zulässig. Aber diese Zwangsmaßnahmen, so die unfreiwillige Zuführung in eine Heilanstalt usw., sind nicht nur gegen Prostituierte, sondern grundsätzlich gegen jedermann möglich, der sich bei einer Geschlechtskrankheit nicht ärztlich behandeln läßt oder der bereits begonnenen ärztlichen Behandlung entzieht.

Diese Regelung hatte — vor allem in Verbindung mit der erweiterten Kenntnis und Vervollkommenheit der individuellen Schutzmittel, Präservativs und Desinfektionsmittel, und mit der Salvarsanbehandlung der an Syphilis Erkrankten — zur Folge, daß die während der Kriegs- und Nachkriegsjahre so starke Verbreitung der Syphilis in Deutschland von 1926 an abnahm.

Die ungeheure wirtschaftliche Not der letzten Krisenjahre aber hat in noch stärkerem Maße als in der Kriegs- und Inflationszeit Frauen — und auch Männer — zur Prostitution getrieben. Wenn es auch unmöglich ist, statistische Zahlen über die tatsächliche Verbreitung der Prostitution zu erhalten, so muß auf Grund von Schätzungen der Fachleute damit gerechnet werden, daß in Deutschland zur Zeit hunderttausende — wenn nicht Millionen — Frauen durch die Preisgabe ihres Körpers ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise zu finden suchen.

Unter diesen Umständen würde eine Rückkehr zu den polizeilichen Methoden nur zur Folge haben, daß die Frauen, die sich heute,

ohne der Gefahr der Sittenpolizeikontrolle ausgesetzt zu sein, verheilen können, fünfmal mehr und mehr mit ihrem Gewerbe in die Heftigkeit gedrängt werden. In solcher Druck muß aber dazu taken, daß sich die hygienischen Verhältnisse der Prostitution weitgehend verschlechtern, d. h. daß wieder eine Zunahme der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten eintritt.

Wenn auf Grund einer amtlichen Verlautbarung in der deutschen Presse die Nachricht verbreitet wird, daß die gegenwärtige Reichsregierung beabsichtigt, mit polizeilichen Mitteln gegen die Prostitution vorzugehen, um die „gefährdete Sittlichkeit“ des deutschen Volkes auf diese Weise zu schützen, so bestätigt sich von neuem, daß eine reaktionäre Staatsleitung auf allen Lebensgebieten mit ihren Maßnahmen gegen die Entwicklung, wie sie sich aus den wirtschaftlichen Zuständen, aus den veränderten Produktionsverhältnissen ergibt, anzukämpfen sucht.

Vergleichen wir die reaktionären Pläne der in Deutschland herrschenden Klasse mit den Maßnahmen der Sowjetgesetzgebung gegenüber der Prostitution, so wird der Unterschied der Interessenvertretung und Zielsetzung vollkommen deutlich. Die reaktionäre Politik sucht den äußeren Schein einer „Sittlichkeit“ zu wahren, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, sie mißachtet die Erkenntnisse ihrer eigenen Fachleute, der Ärzte, Soziologen und Juristen, wenn deren Forderungen un bequem werden. Diese reaktionäre Politik ist nur zu verwirklichen auf Kosten der Volksgesundheit.

Der Sowjetgesetzgeber betrachtet die Prostitution als ein Ueberbleibsel des kapitalistischen Systems. Die Sowjetgesetzgebung geht daher von der Annahme aus, daß die Prostitution nicht mit den Mitteln der Polizeigewalt und des Strafrechts, sondern nur auf ökonomischem Wege beseitigt werden kann. Arbeitsbeschaffung, Einordnung in den Produktionsprozeß für die Frauen gemäß ihren Fähigkeiten, das ist die Lösung der Sozialpolitik in der Sowjetunion zur Bekämpfung der Prostitution, die im sozialistischen Aufbau verwirklicht wird. Als soziale Erscheinung ist übrigens die Prostitution in der USSR gegenüber dem vorrevolutionären Rußland schon unbedeutend geworden.

Nach dem Sowjetstrafrecht wird die Prostitution als solche nicht bestraft. Die veränderte gesellschaftliche Auffassung über die Prostitution dokumentiert sich in der Anschauung über die Verantwortlichkeit der Prostituierten und ihrer Besucher. Seitens der kommunistischen Partei Rußlands bzw. der Sowjetunion wurde die Lösung ausgegeben: „Der Verkehr mit einer Prostituierten ist in der Sowjetunion eine Schande und ein Verbrechen.“

Es sind Beweise dafür vorhanden, daß infolge der kulturellen Entwicklung des Proletariats in den letzten anderthalb Jahrzehnten nach der Revolution die Prostitution in der Sowjetunion immer mehr ihre Anziehungskraft auf den männlichen Teil der Bevölkerung verliert. Die Gestaltung der Sowjetethik, die Legalisierung der außerhehlichen Geschlechtsbeziehungen, ihre Befreiung von dem fröhlichen moralischen Makel einerseits, die Körperkultur mit ihrem gesteigerten Sinn für Sauberkeit andererseits, die allgemeine Unbefangenheit gegenüber dem vom religiösen Vorurteil befreiten Geschlechtsleben sind für diesen Fortschritt mitbestimmend.

Die bürgerliche Gesellschaft muß eine solche Freiheit des Geschlechtslebens ebenso wie die Umgestaltung der Ehe fürchten, und so verfolgt sie nicht zufällig gleichzeitig freiere Umgangsformen zwischen den Geschlechtern und den Prostituierten, den Opfern der kapitalistischen Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft versucht, die Prostitution auf Kosten des Proletariats als Einrichtung zu erhalten, als unentbehrliche Ergänzung zur bürgerlichen Ehe. Erst die proletarische Revolution ermöglicht die Beseitigung der Prostitution, weil sie ihre sozialen Ursachen beseitigt.

Weißer Zähne: Chlorodont

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

77) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Schnell, eine Rede!“
„Nein, gleich mußt du kommen!“
Scheidemann wird von seinem Stuhl hochgezogen, er wird durch das Wandeltürchen durch den Lesesaal, durch eine geöffnete Tür auf den Balkon hinaus. Ein bayerischer Hauptmann reicht ihm die Hand und hilft ihm auf die Brüstung. Scheidemann sieht die Massen unten, vor der Freitreppe liegen sie in breiter Schleppe bis zum Bismarckdenkmal, und weiter bis zum Rand des Tiergartens hin. Das mächtige Brausen und Wogen des Massenauftauchens stößt ihm zu Kopf. Scheidemann ist immer mehr Volkstribun als vorsichtig abwägender Politiker gewesen. Er improvisiert eine Rede, tastend und phrasenhaft zuerst, aber schließlich weit über die politischen Absichten der SPD hinausgehend:
„Arbeiter und Soldaten!“
Furchtbar waren die vier Kriegsjahre, grauenhaft die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Morden ist vorbei.

Die Feinde des werktätigen Volkes, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den Kampf gegen jede Reform der Verfassung, und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems,

geföhrt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Ueber sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!

Der Prinz von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.

Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk, alles durch das Volk. Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unruhe gereicht.

Seid einig, treu und pflichtbewußt!
Das Alte und Morsche, die Monarchie, ist zummmengebrochen.

Es lebe das Neue!

Es lebe die deutsche Republik!

Beide Arme ausbreitend endet Scheidemann seine Rede. Einige Augenblicke verharrt er in der ekstatischen Stellung, er spürt den Befall aus, Scheidemann hat die Kredite bewilligt. Scheidemann hat den Krieg durchgeführt. Aber zuletzt ruft er die Republik aus: „Hoch Scheidemann! Hoch die Republik!“

„Kameraden, Volksgenossen...“ ruft er in den Tumult hinein. „In Bayern ist auch die Republik eingeföhrt worden. In München herrscht darüber eitel Freude...“ Weiter bringt er seine Rede nicht.

Die Menge vor dem Gebäude ist begeistert. Wie ein Ball fliegt die Nachricht von der Ausrufung der Republik unten weiter. Immer andere Inseln in dem Menschenmeer reißen ihre Hüte vom Kopf und brechen in tausend Befall aus. Scheidemann hat die Kredite bewilligt. Scheidemann hat den Krieg durchgeführt. Aber zuletzt ruft er die Republik aus: „Hoch Scheidemann! Hoch die Republik!“

Vereinzelt Niederrufe unterstreichen nur den allgemeinen Jubel.

Scheidemann wird im Triumph in das Restaurant zurückbegleitet.

Nur wenige Abgeordnete sind an den Tischen sitzen geblieben. Ebert ist gerade mit seiner Suppe fertig geworden, wischt sich den Bart und sieht den brodelnden, erregt durcheinander redenden Haufen herankommen.

„Scheidemann hat die Republik ausgerufen!“ schreit einer. Ebert wird blaß. Er schiebt den Teller zur Seite, sieht Scheidemann an und schlägt mit der geballten Faust auf den Tisch:

„Ist das wahr?“

„Das ist doch selbstverständlich gewesen!“

„Was... selbstverständlich gewesen!“

Ebert hat sich vor zwei Stunden vom Prinzen Max zum Reichskanzler ernennen lassen. Er hat dabei auf eine ordnungsmäßige Uebergabe der Geschäfte und auf die förmliche Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre des kaiserlichen Kabinetts Wert gelegt. Er hat versprochen, alles zu tun, um die Volkserhebung in legalen Grenzen zu halten.

Untersetzt und kurzknackig kommt er hinter dem Tisch hervor. Seine Gesichtsfarbe wechselt in bläuliches Rot. In einer dicken Welle steigt ihm das Blut in die Schläfen. Scheidemann prallt zurück vor soviel geballter Wut. Auch die übrigen Zeugen der Szene sind überempfindlich von dem plötzlichen Ausbruch Eberts. Kein Mensch versteht die Ursache. Keiner weiß von den zwischen Ebert und dem Prinzen Max geflogenen geheimen Besprechungen, keiner von dem Pakt des sozialdemokratischen Parteiführers mit dem letzten kaiserlichen Kanzler.

Mit Anstrengung findet Ebert Worte, abgerissene Sätze, — die knallt er seinem Parteifreund ins Gesicht wie Ohrfeigen: „Wie kommt das dazu — dazu hast du kein Recht — die Republik auszurufen, das ist nicht deine Sache — was aus Deutschland wird, Republik oder was sonst das entscheidet eine Konstituante!“

Ebert läßt sich auf keine Erklärungen ein und verschließt sich allen, die ihn nach Gründen für seine Aufregung fragen:

„Ich habe meine Meinung gesagt. Ich will nichts weiter hören. Schluß!“

Verblüfft bleiben seine Genossen stehen. Er stapft schwer durch das Restaurant und schiebt sich draußen durch das Gewir von Arbeitern an dem Feldlager der Soldaten vorbei. Im Praktikationszimmer holt er Hut und Mantel und läßt sich in die Reichskanzlei fahren.

Und draußen marschieren noch immer die Kolonnen.

Vom Reichstag ziehen sich die Massen bis zum Brandenburger Tor, und vom Brandenburger Tor liegen sie wie ein breiter dunkler Teppich bis zum Kaiserschloß. Und immer mehr Bewaffnete tauchen auf. Mit Maschinengewehren bestückte Lastautos rumpeln auf ihrer Eisenbefreiung langsam und schwerfällig übers Pflaster. Von einem Rollwagen herunter werden Flugblätter verteilt, das dritte, das der „Vorwärts“ an diesem Tage ausgegeben hat. Aus einer Droschke spricht der weißhaarige Ledebour. Ecke Wilhelmstraße hält ein kriegsbeschädigter Offizier eine Ansprache und mahnt, ein wachsameres Auge auf die Gewehrträger zu haben. Auf den Balkons des „Café Bauer“ hängen ganze Trauben von Menschen. Ein Herr in einer weißen Weste hält eine Rede: „Ruhe und Ordnung sind jetzt genau so notwendig wie das Brot...“ Ein sechsen aus dem Osten zugereister Soldat mit verwildertem Bart, mit Tornister und Gepäckstücken hängt, steht eingekleidet in einem Haufen Menschen, d. von ihm wissen wollen, was nun werden soll. Ein paar junge Leute arbeiten sich durch das Gedränge und werfen kleine Zettel in die Luft, die wie Flocken auf die Köpfe niedergehen und gierig aufgegriffen werden. — der von Duncker aufgesetzte und in der Lokalanzeiger-Druckerei eilig hergestellte Text:
(Fortsetzung folgt.)

Duisburg-Meiderich und Neurode

Zwei Beispiele für die Arbeiterkontrolle der Produktion

I. R. Unter den Erwerbslosen des Ruhrgebietes befindet sich noch immer der größte Teil der einstigen Belegschaft der Stahl-Trust-Hütte Duisburg-Meiderich. Gegen die Stilllegung dieses bei voller Ausnutzung etwa 160.000 t pro Monat liefernden Werkes wurde im vorigen Jahre sehr viel protestiert und geschrieben, jedoch vergeblich. Die Gewaltigen des Stahltrusts hielten die Stilllegung der Hütte und die Verteilung der dort geleisteten Arbeit auf andere Werke für profitabel und damit war der Fall entschieden. Ein Teil der damaligen Belegschaft bildete daraufhin neben ihren Angehörigen eine unter Einfluß der christlichen Gewerkschaften stehende Arbeitgemeinschaft. Diese Arbeitgemeinschaft glaubte jetzt, anlässlich der neuen Präliminal-Subventionen des Staates an die Großkapitalisten, die Zeit gekommen, wieder einmal an die Hütte Meiderich zu erinnern. Sie ersuchte die Papier-Regierung um Hilfe gegen die Stahltrust-Lieferung, die noch immer an keine Wiedereröffnung des Betriebes denkt. Die Regierung solle dem Stahlverein im Rahmen ihres „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ doch zusätzliche Arbeit vermitteln und daran die Bedingung knüpfen, daß die Arbeit in Meiderich geleistet werden müsse. — Die Arbeitgemeinschaft „setzt das Vertrauen in die Regierung“ und hofft und hofft. Aber es geschieht auch jetzt nichts!

Ein anderer, Anfang 1931 großes Aufsehen erregender Fall in Schlesien war die mit einem Bankrott verknüpfte Stilllegung der Wenzelsgrube in Neurode. Die Stilllegung dieser Grube bedeutete schlimmste Not und Verelendung von Tausenden im ganzen Neuroder Gebiet. Die verzweifelten Arbeiter beschlossen, die Grube selbst weiterzuführen und sie unbedingt vor dem Ersaufen zu bewahren, weil sonst alle Hoffnungen auf neue Arbeit vorbei wären. Auch hier wurde von den Arbeitern eine Arbeitgemeinschaft gebildet. Sie schufteten von früh bis spät, ohne Lohn, und brachten durch Sammlungen und Herauspressen des letzten Spargroschens zehntausende Mark auf. Dann schickten sie Eingaben und Deputationen nach Berlin, um vom Reich und vom preussischen Staat die notwendige weitere finanzielle Hilfe zu erlangen. Aber sie wurden hingehalten, und schließlich hörte die Öffentlichkeit, die im Anfang mit sensationellen Berichten überschüttet wurde, nichts mehr von dem Fall Neurode. Dem Wissenden war es klar, daß die Neuroder Bergarbeiter um ihre Hoffnungen betrogen wurden.

Plötzlich, im September 1932, hörte man wieder von der Wenzelsgrube. Der Handelsausschuß des Preussischen Landtages hat nämlich Ende September — also 1 1/2 Jahre nach der Stilllegung der Grube — den zuerst bis Mitte 1931 hingeschleppten und dann wieder vertagten Antrag angenommen, die Notstandsarbeiten auf der Wenzelsgrube 20.000 Mark zu bewilligen. Man hörte, daß das Reich bereits einige Mittel bewilligt hatte, daß aber beide, Preußen und das Reich, außer diesen genannten Mitteln keine weiteren zur Verfügung stellen wollen, weil — die Hauptsolen der Grube längst erschöpft sind. (!)

Aber man hat doch etwas für die hungernden Bergarbeiter und ihre Familien getan! Zwar nicht ganz für die etwa 2500, die seinerzeit durch die Stilllegung betroffen wurden, aber doch für etwa — fünfzig! Man hat diesen Bergarbeitern Vorzugsbedingungen für die Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungsstellen bewilligt. Zirka 20 Bergarbeiter sind jetzt auf dem sogenannten Jesuitenhof in Mittelsteine (im selben Bezirk wie Neurode — Grafschaft Glatz) in voller Tätigkeit, ca. 30 weitere sind mit Landarbeitern eines bankrotten Rittergutes im schlesischen Kreis Ohlau zusammengetan worden, um hier eigene Siedlerstellen zu gründen.

Es ist im übrigen sehr interessant, in welcher Weise der „Vorwärts“ (Abendausgabe vom 30. September 1932) über diese Vorgänge berichtete. Er feiert das — auch erst vor kurzem begonnene — Siedlungswerk der ca. 30 Arbeiter als eine Großtat und findet es ganz in der Ordnung, daß die Räume des Rittergutes verschlossen bleiben, während die schwer arbeitenden Siedler den Keller als Schlafraum benutzen müssen. Die Räume sind nämlich verschlossen, weil der pleite gegangene Herr Rittergutsbesitzer nach einem formalen Zwangsenteignungsverfahren das Gut als Pächter zurückerhielt und wieder, wenn auch nicht der rechtliche Eigentümer, so doch faktisch der Herr des Gutes und des Gutshauses ist.

Die beiden hier angeführten Beispiele von Meiderich und Neurode, die sicherlich um Dutzende vermehrt werden können, zeigen wohl klar auf, daß die Arbeiterschaft verloren ist, wenn sie nicht endlich den Weg der eigenen Aktion findet. Allerdings anders, als es die Neuroder Bergarbeiter 1931 versuchten. Sie haben wohl selbst handeln wollen und haben neben der Aufnahme der Produktion unter eigener Regie auch die Frage des Absatzes der Produkte zu lösen versucht. Aber sie haben das alles getan, ohne sich bewußt zu sein, daß dieser Versuch nur glücken könnte, wenn sie die Hilfe der ganzen Arbeiterklasse suchen und wenn sie in der Richtung des Kampfes gegen das ganze bestehende kapitalistische System vorgehen würden.

Bei dem Versuch, sich den notwendigen Absatz für ihre Produkte zu sichern, stießen die Neuroder Bergarbeiter auf offenen und versteckten Widerstand der privaten Kohlenindustriellen und anderer interessierter Kapitalisten-Kreise. Dem hätten sie nur begegnen können, wenn die Arbeiter und überhaupt die werktätige Bevölkerung der ganzen Gebiete gegen diese offenen und versteckten Feinde mobilisiert wurden. Und die notwendige finanzielle Hilfe unmittelbar für die Produktion

und darüber hinaus für einen ausreichenden Lebensunterhalt der Bergarbeiterfamilien wäre, wenn überhaupt in der damaligen Situation, so doch bestimmt nur unter einer Hills- und Protestaktion der breitesten Arbeitermassen zugunsten der Neuroder Bergarbeiter vom Staate zu erlangen gewesen. Es galt also hier von dem unmittelbaren Ansatzpunkt aus den Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion im weitesten Sinne des Wortes (einschließlich Preis- und Absatzregulierung) aufzunehmen und durch Betriebsdelegationen in andere Gruben, Mobilisierung des Bergarbeiterverbandes und des gesamten ADGB sowie der Arbeiterparteien auch die übrige Arbeiterschaft zu holen. Wobei, wie immer, die Aktion der Arbeiter, die sich in ihren Betrieben in ähnlicher Lage befinden, für die gleichen eigenen Forderungen die allerwirksamste Hilfe gewesen wäre.

Ob im einzelnen konkret vorliegenden Fälle das gesteckte Ziel erreicht wird, ist schwer vorzusagen. Aber es kann unter den heutigen Verhältnissen bestimmt nur dann erreicht werden, wenn der Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker und Wirtschaftsverstärker weitgehend bis zum Sturze der Bourgeoisie und bis zur Errichtung des Staates der heute unterdrückten Massen selbst. In dieser Richtung bewegt sich der Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion. Neurode wie Meiderich waren gegebene Ansatzpunkte, um in dieser Richtung den Kampf

der ganzen Arbeiterklasse in Fluß zu bringen. Beide Male war die Arbeiterschaft aus den verschiedensten Ursachen, darunter vor allem infolge des geringen oppositionellen Aktionsradius in den freien Gewerkschaften, nicht genügend gewappnet. Gerade die Beispiele von Meiderich und Neurode sind aber geeignet, in der Arbeiterschaft diskutiert zu werden, um daraus zu lernen und um bei den vielen sich auch heute bietenden Ansatzpunkten eine breitere Bewegung auszulösen gegen Betriebsstilllegungen, für die Wiederöffnung stillgelegter Betriebe und für die Arbeiterkontrolle der Produktion.

Durch die Presse geht soeben die Meldung, daß auf der Grube Wenzelslaus bei Neurode im Auftrage der Gläubiger und mit Genehmigung der Konkursverwaltung Aufbaumarbeiten gemacht werden, um auf der dritten Sohle mit etwa 200 von der seinerzeit 2500 zählenden Belegschaft Kohlen für Winterhilfe zu fördern. Die Arbeiter sollen die Arbeit lediglich für ihre Wohlfahrtsunterstützungssätze leisten (!). Also im Interesse der Arbeiter konnte bisher nichts gemacht werden. Nun aber sollen die Arbeiter zu den Hungersätzen der Wohlfahrt für die Interessen der Gläubiger, d. h. der Kapitalisten ausgebeutet werden.

SPD- und Nazi-Demagogie

bei den Ostdeutschen Textilwerken

Wir brachten im September den Bericht von der Abwehr eines 20prozentigen Lohnabbaues bei den Ostdeutschen Textilwerken Landeshut durch geschlossene Niederlegung der Arbeit. Obwohl die Firma mit Entlassung der gesamten Belegschaft gedroht hatte, mußte sie ihren Anschlag wieder zurückziehen und weiter zum alten Tarif arbeiten lassen. Die Belegschaft hatte seinerzeit so geschlossen die Arbeit niedergelegt, weil die Gewerkschaft damals noch auf dem Standpunkt stand, nicht an die Friedenspflicht gebunden zu sein.

Am 14. Oktober wiederholte die Firma denselben Anschlag von neuem, diesmal mit dem Erfolg, daß der Verbandsvertreter, sich an die Friedenspflicht gebunden fühlend, die Arbeiter wie üblich auf den Schiedsrichter vertrustete. Die Arbeiter haben sich hierdurch einfangen lassen, die Belegschaft beschloß durch Urabstimmung mit Vierfünftel-Mehrheit, die Arbeit aufrechtzuerhalten. Die sozialdemokratische „Bergwacht“ teilte hierzu mit, daß die Gewerkschaften der Auffassung sind, die Firma handle rechtswidrig, weil die jetzige Belegschaft noch geringer ist als vor Stilllegung des Betriebes im Juni vorigen Jahres. Dies ist der Punkt, womit die Gewerkschaftsführer die Arbeiter in so hoher Zahl zur Aufrechterhaltung der Arbeit veranlassen. Damit haben sie es dem „seidenen“ Severing nachgemacht, sich „auf den Boden der bestehenden Tatsachen“ gestellt und die Rechtmäßigkeit der Notverordnung somit bereits anerkannt. Aber sie dürften mit ihrer Auffassung ebenso Fiasko erleiden wie Herr Severing vor dem Staatsgerichtshof. Den Schaden aber hat die gesamte Arbeiterschaft zu tragen.

Die „Bergwacht“ teilt in ihrer Polemik gegen Nazis und RGO weiter mit, daß die Ursache des Rückzuges auch ernsthafte Bedenken über den gewählten Zeitpunkt wären. Der Schreiber des „Bergwacht“-Artikels merkt gar nicht, daß er sich damit selbst entblödt. Denn die bekannte Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zur Friedenspflicht der Gewerkschaften erfolgte erst kurz danach. Mit solchen Argumenten kann man sehr schlecht die Demagogie der Nazis schlagen. Es gibt viel bessere Argumente, mit denen die Nazis geschlagen und mit ihrer jetzigen gewerkschaftsfreundlichen Einstellung entlarvt werden können.

Die „Bergwacht“ teilt noch eine schöne Sache mit, weshalb die Firma sich seinerzeit zu der Rücknahme ihres Anschlages gezwungen sah. Ein Antrag auf beträchtliche Steuerermäßigung harrete noch der Erledigung im Stadtparlament.

Der Erste Bürgermeister Dr. Ries hatte sich seinerzeit mit einem Stadtverordneten (die „Bergwacht“ teilte es damals ohne Namensnennung mit, obwohl sie ihn sehr gut wußte), dem Nazi-Wald- und Wiesenredner Sappke, zur Firma begeben, um mit ihr zu verhandeln. Worum sie verhandelten, kann man leicht erraten. Da den Nazis der Anschlag unangenehm war, wird der Firma die Steuerermäßigung versprochen worden sein, falls sie jetzt von einem Lohnabbau Abstand nehmen würde. Die Firma merkte den Vorteil, zog den Anschlag zurück, und siehe da, Herr Sappke war ein großer Erfolg beschieden. Er konnte sich in öffentlichen Versammlungen damit brüsten, den Lohnabbau gegen die Textilarbeiter Landeshut allein abgeschlagen zu haben. Unehrllichkeit und Demagogie haben aber kurze Beine, und der Schwindel hat sich bald herausgestellt. Daß Herr Sappke sich bei dem am 14. Oktober erfolgten Anschlag nicht blicken ließ und auch kein Nazi sich vor der Abstimmung der Belegschaft zum Wort meldete, ist sehr verständlich. Im übrigen werden die Nazis das Fiasko des Textilarbeiterverbandes vor dem Schiedsmann abwarten, um dieses dann abermals in demagogischer Weise gegen die freien Gewerkschaften auszuschlachten. Bei der Einstellung der hiesigen Gewerkschaftsführer kann ihr Weizen leider blühen.

Welche Folgerungen müssen aus diesem Falle gezogen werden?

Die Gewerkschaft ist notwendig, wenn die Arbeiterschaft kämpfen soll, das hat dieser Fall deutlich gezeigt. Aber die heutigen Gewerkschaftsführer wollen nicht kämpfen, weil sie auf staatsverhaltendem Boden stehen und die Notverordnungen befolgen. Sie müssen deshalb von unten, von den Mitgliedern, zum Kampfe gezwungen werden. — Die Gewerkschaftsmitglieder haben in der letzten Versammlung einen Beschluß gefaßt, daß sie gegen jeden Pfennig Lohnabbau kämpfen wollen. Macht daher Ernst mit diesem Beschluß und laßt euch nicht auf die Manöver der Führer ein, die nur zum Mißerfolg und damit zu einer großen Schädigung der Gewerkschaften führen können!

Die RGO ist vollkommen machtlos, und kein Arbeiter folgt ihrer Parole. Die RGO-Mitglieder hätten aber heute eine große Bedeutung, wenn sie in der Gewerkschaft wären. Die Nazis und ihre NSBO ist nur zu dem Zwecke da, um die Arbeiterschaft zu zersplittern und den großen Einbruch in die Arbeiterfront zu machen. Wenn ihr dieses gelänge und sie mit Hilfe der Arbeiterschaft voll zur Macht käme, dann würde sie gegen dieselbe Arbeiterschaft ihre faschistische Diktatur ausüben. Der Faschismus kann nur geschlagen werden durch rücksichtslosen Kampf gegen die Notverordnung und gegen alle reaktionären Anschläge auf die Arbeitermassen!

Reinfall der NSBO

in einer Versammlung der Breslauer Marstall-Betriebe

Für Sonnabend, den 22. Oktober, hatte die Nazi-Betriebszelle (NSBO) innerhalb der Breslauer Marstallverwaltung eine Versammlung angesetzt mit dem Thema: Zweck und Ziele der NSBO. Da von den Nazis Diskussionsfreiheit in der Versammlung zugesichert wurde und so die Versammlung ganz interessant zu werden versprach, entschloß sich ein Teil der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen, sich dieses Nazi-Theater einmal anzusehen. Die Versammlung war zu Beginn auf etwa 120 Kollegen angewachsen. Vor der Tür zum Versammlungsort stand ein brauner Raubritter in voller Kriegsbemalung. Außerdem war ein Kommando der angeforderten Polizei und eine Gruppe SS im Saal. Also schon eine provozierende Aufmachung.

Mit einer halben Stunde Verspätung erschien der P.g. Gauleiter der NSBO und M. d. R. Neugebauer. Der Versammlungsleiter erklärte sofort bei der Eröffnung, daß hier über betriebliche Angelegenheiten nicht gesprochen werden darf (!). Er redete dann etwas über ein angebliches Vergehen eines Arbeiterratsmitgliedes und verlangte dessen Bestrafung. Der Kollege Kaboth verlangte das Wort zur Geschäftsordnung, um Klarheit über die Möglichkeit einer Diskussion zu schaffen. Sofort sprang aber der Nazi-Referent auf und erklärte, die Geschäftsordnung bestimmen wir, und das Wort erhält niemand. Darauf entstand ein Tumult, ein SAP-Genosse forderte die Versammelten auf, eine derartige in der freien Arbeiterbewegung unbekanntes Versammlungsführung sich nicht gefallen zu lassen. Die Arbeiter wären nicht erschienen, um sich hier als Söldnerknechte von den Nazis werben und terrorisieren zu lassen. Der Versammlungsleiter drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Darauf verließ die erdrückende Mehrheit der Versammelten den Saal. Zurück blieben nur fünf Schupo, sechs SS-Leute und mit der Versammlungsleitung zusammen 15 Mann.

Das Ergebnis zeigt, daß die Nazis bei den Betriebsarbeitern mit ihren Methoden keinen

Streik bei der „Kraftag“

Bei der „Kraftag“, dem Berliner Kraftdroschen-Großunternehmen, wurde kürzlich ein Tarifvertrag neu abgeschlossen. der Verschlechterungen für die Taxi-Chauffeure vorsieht. Gegen diese Verschlechterungen ist schon am Sonnabend ein Teil der Kraftfahrer in den Streik getreten. Daraufhin haben die im Gesamtverband organisierten Chauffeure in einer Urabstimmung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, sich an dem Streik zu beteiligen. Am Sonntag war der Streik bis auf geringe Ausnahmen allgemein.

Die Ereignisse zeigen, daß die Leitung des Gesamtverbandes sehr vorzeitig den, bei den Chauffeuren auf große Erbitterung stoßenden Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es muß verlangt werden, daß sie den Abschluß rückgängig macht und sich entschlossen hinter den Kampf stellt.

Die Arbeitslosenkämpfe in England

London, 23. Oktober.

WTB. Die Verhandlungen gegen drei Arbeiter, die gestern bei der Eröffnung eines Seemannshomes gegen Prinz Georg von England demonstrierten und daraufhin verhaftet wurden, hatten heute im Osten Londons neue Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitslosen zur Folge.

Eine große Menge Arbeitsloser versammelte sich vor dem Polizeigerichtshof und bombardierte die Polizei mit Steinen und Flaschen.

Die Geschäfte und Läden wurden aus Furcht vor Plünderungen geschlossen. Polizei zu Pferde und auf Kraftwagen wurde zur Verstärkung herbeigeholt und trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander. Weitere Zusammenstöße ereigneten sich in Stratford-on-Avon, wo dreihundert Demonstranten, die mit 1700 anderen von Manchester nach London marschierten und Fleisch verlangten.

ZDA organisiert den FAD

Uns wird geschrieben:

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Bielefeld, wendet sich mit einem Rundschreiben an seine erwerbslosen jugendlichen Mitglieder mit der Aufforderung, in ein freiwilliges Arbeitsdienstlager in seinem Erholungsheim „Buntes Haus“ bei Bielefeld einzutreten. Die Einladung zur Teilnahme segelt unter der Firma „Sozialer Dienst“. Als Träger des Dienstes und der Arbeit wird der ZDA bezeichnet. Die Meldungen scheinen in Bielefeld nicht die erwünschte Zahl erreicht zu haben. Die Zda-Gauleitung wendet sich deshalb an alle Ortsgruppen im Gau Ostwestfalen-Lippe. Wie es scheint, hat man großes vor. Der Zda beschickt sogar den Arbeitsdienstleiter-Kursus im „Immenhof“, dem Heim der Arbeiterwohlfahrt in der Lunenburgerheide.

Für gewöhnlich erklären die Gewerkschaftsführer, daß sie nur insoweit sich mit dem freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigen, als er nicht zu verhindern sei. Aber neuerdings gehen Reichsbanner, „Eiserne Front“ und nun auch die Gewerkschaften dazu über, den freiwilligen Arbeitsdienst selbst zu organisieren und aufzuziehen.

Anklang finden, trotz all ihrer Reklame. Für jeden organisierten und klassenbewußten Arbeiter ist es selbstverständlich, mit größter Aktivität gegen den Faschismus und seine kapitalistischen Söldnerknechte zu kämpfen. Zum Kampf gegen das Unternehmertum muß sich jeder Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisieren und als Bekenntnis zur proletarischen Einheitsfront am 6. November seine Stimme für die SAP abgeben.

Führungsglück auf dem Mississippi

18 Tote

Natchez, 24. Oktober.

Ein schweres Unglück ereignete sich heute auf dem Mississippi. Als ein vollbesetzter Autobus den Fluß auf einer Fähre überqueren wollte, stürzte er aus unbekannter Ursache in den Strom. 18 Neger fanden in den Fluten den Tod.

Verantwortlich: Paul H a n n e k e, Breslau; Inevare: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Insertatenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telefon 206 02.